

Veranstaltungen und Anzeigenpreis sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 291. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

SW

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag

24. Juni 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftsamt SW. 68, bis 6 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 291

Das Reich und die Beamten.

Scharfe sozialdemokratische Kritik am Bürgerblock im Haushaltsausschuß.

Der Ausschuß für den Reichshaushalt hatte in seiner Monatsitzung die Beratung der von den Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten gestellten Anträge zur Erhöhung der Beamtenbeholdung abgebrochen und auf Freitag vertagt. In dieser Freitagssitzung sollte der Reichsfinanzminister dem Ausschuß über seine Verhandlungen mit den Landesfinanzministern berichten. Herr Dr. Köhler gab seinen Bericht mit der Verlesung des folgenden in der Konferenz der Länder am 22. Juni einstimmig gefassten Beschlusses:

1. Die Finanzminister der Länder erkennen die Notwendigkeit der Erhöhung der Beamtenbezüge an und halten es für unabwiesbar, sich in der Ausgestaltung und im Zeitpunkt im wesentlichen dem Vorgehen des Reiches anzuschließen.
2. Die Finanzminister der Länder halten in Übereinstimmung mit dem Reichsminister der Finanzen eine Erhöhung der Beamtenbezüge vor dem 1. Oktober finanziell nicht für tragbar.
3. Selbst wenn die Erhöhung der Beamtenbezüge erst zum 1. Oktober erfolgt, sehen sich die Länder außerstande, die für die Erhöhung erforderlichen Mittel aus den ihnen zur Verfügung stehenden Einnahmen zu decken. Sie erheben daher die Forderung, daß das Reich den Ländern neue Einnahmen zur Deckung der Befoldungserhöhung zur Verfügung stellt.

Das Reich hat keine Mittel!

Dr. Köhler erläuterte in seiner Rede die vorgetragene Resolution und erklärte,

daß es dem Reich vollkommen unmöglich sei, auf der Grundlage des Etats für 1927 den Ländern zu ihren Gehalts-erhöhungen neue Mittel zur Verfügung zu stellen.

Es müßte zu diesem Zwecke dann neue Einnahmequellen erschlossen werden. Als solche schlagen die Länder eventuell Zuschläge zur Einkommensteuer und Erhöhung der Umsatzsteuer vor. Man dürfe nicht übersehen, daß es sich um eine Mehrbelastung von vielen Hunderten von Millionen handele.

Während der Rede des Reichsfinanzministers lief ein Eventualantrag der Demokraten für den Fall der Ablehnung ihrer Anträge ein, die Reichsregierung zu ermächtigen, ab 1. August an die Gehaltsgruppen 1 bis 7 12 1/2 Proz., und an die höheren Gehaltsgruppen 10 Proz. des jetzigen Gehalts solange zu zahlen, bis die neue Gehaltsänderung in Kraft trete, ferner ein Antrag der Regierungsparteien, die Reichsregierung zu ermächtigen, den Beamten hinsichtlich bald, spätestens am 1. Oktober und 1. November Abschlagszahlungen auf die Gehaltserhöhung zu bewilligen, falls die gesetzliche Regelung der neuen Befoldungsordnung bis dahin nicht erledigt sein sollte. Nach dem Reichsfinanzminister ergriffen die Vertreter von Bayern, Bremen, Sachsen, Baden, Oldenburg, Hamburg, Thüringen und Württemberg das Wort, um durch Darlegung der speziellen Verhältnisse ihrer Länder die Ausführungen des Ministers zu ergänzen und zu kräftigen.

Der erste Redner aus der Mitte des Ausschusses war Genosse Dr. Herth.

Er stellte an die Spitze seiner Ausführungen den Satz, daß den platonischen Bekenntnissen über die Notlage der Beamten auf Seiten der Regierungen kein entsprechender Wille zur Beseitigung dieser Notlage gegenüberstehe. Die Notlage sei um so schlimmer, als die Erhöhung der Befoldung zwar seit langem vollständig stillgestanden habe, die Presse der Lebenshaltung dagegen ständig in die Höhe gegangen seien. Die dadurch entstandene große Verschuldung der Beamten sei nicht nur für die Beamten persönlich, sondern auch rein staatspolitisch ein schwerer Liebesstand. Der Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und den Regierungsparteien liege darin, daß erstere jetzt sofort Hilfe wollen, während die Regierung, unterstützt durch die Regierungsparteien, unter gewissen Voraussetzungen eine Hilfe frühestens am 1. Oktober eintreten lassen wolle. Sei die Notlage des Reiches und der Länder wirklich so groß, wie heute dargestellt, wie können die Regierungsparteien dann annehmen, daß es am 1. Oktober leichter möglich sein würde.

Man dürfe doch auch nicht übersehen, daß der jetzige schlimme Stand der Finanzlage, der gar nicht abgeklunget werden solle, zwangsläufig durch die Taten und Unterlassungen der Regierung herbeigeführt sei.

Er habe bei der Besprechung des laufenden Etats bereits ausgeführt, daß mit diesem Etat eine Defizitwirtschaft dadurch schon eingeleitet werde, daß man vor unbedingt notwendigen und sicher kommenden Ausgaben den Kopf in den Sand gesteckt habe. Auf der einen Seite führe die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung andauernd zu einer Erhöhung der Lebenskosten. Die Mieten werden gesteigert, (für die Beamten weit über den Wohnungsgeldzuschuß hinaus) die Post erhöht ihre Sätze. Das werde naturgemäß eine Erhöhung aller Preise nach sich ziehen. Im Reichsrat lege eine Novelle zur Erhöhung der Zollsätze. Die Handelsvertragsverhandlungen kommen nicht vom Fleck. Auf der anderen Seite weigert sich die Regierung, denen die nicht mehr wissen, woher sie zur Bestreitung des notwendigsten Lebensunterhaltes die Mittel nehmen sollen, zu helfen.

Die Erhöhung der Zollsätze sei um so unverständlicher, weil diese Zollsätze jetzt schon Monat für Monat über den Voranschlag hinauswachsen.

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung gehe dahin, die Einnahmen zu verknappen, um Forderungen der Bedürftigen ablehnen zu können. Unglaublich erscheine es, daß der Finanzminister, wie er offen zugegeben habe, sich um die Notlage der Gemeinden gar nicht bekümmere hat. Das müsse bei allen Gemeindevorstehern die Ansicht verstärken, daß wiederum auf ihren Rücken die Kämpfe zwischen dem Reich und den Ländern ausgetragen werden sollen. Den Antrag der Regierungsparteien werde die Sozialdemokratie ablehnen. Der Reichstag dürfe sich in einer so wichtigen Frage nicht ausschließen, um so weniger, als ja frühere Vorgänge schreien.

mehr fortgeführt werden und man hofft, daß sie in verhältnismäßig kurzer Zeit zum Abschluß eines neuen modus vivendi führen werden.

Die Mehrheit war für Cachin!

Eine berichtete Abstimmung. — Antrag auf Begnadigung

Paris, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Fall Cachin, über den die französische Kammer am Donnerstag mit 241 gegen 239 Stimmen abgestimmt und den Schutz der parlamentarischen Immunität gegenüber der ihm zuerkannten sechsmonatigen Gefängnisstrafe aufgehoben hat, ist noch nicht abgeschlossen. Nicht nur haben zwei Abgeordnete ihre Abstimmung berichtet, so daß also das ablehnende Votum ins Gegenteil umgekehrt ist, sondern die sozialistische Fraktion hat auch eine Unterschriftenliste in der Kammer aufgelegt, worin sie den Präsidenten der Republik auffordert, den Abgeordneten Cachin sowie familiäre Abgeordnete, die wegen Pressebelästigungen oder Vergehen politischer Art bestraft worden sind, zu begnadigen. Man darf erwarten, daß diese Unterschriftenliste die große Mehrheit der Kammer finden wird.

Cachin in der Haft.

Die politische Haft bedeutet in Frankreich zwar kein Vergnügen, aber es ist bekannt, daß sie alles eher denn eine Folter ist, denn die politischen Gefangenen genießen im Pariser Santé-Gefängnis weitgehende Vergünstigungen. Es wäre nur zu wünschen, wenn der politische Strafvollzug in Deutschland sich auch nur annähernd den Verhältnissen anpassen würde, die in der politischen Abteilung der Santé geradezu traditionell geworden sind. So erklärt es sich auch, daß die Kommunisten den Standpunkt, Vorhous im Interesse ihrer Parteipropaganda geradezu begrüßt haben, denn ein hinter Gefängnismauern sitzender Abgeordneter hat in Frankreich immer als ein Märtyrer seiner Idee gegolten, obwohl die eingeweihten Kreise sehr gut wissen, daß sein Martyrium nur ein sehr relativer Begriff ist.

Wieder einmal sorgt die Reaktion durch ihre Beschränktheit für die Wiederbelebung der kommunistischen Propaganda.

In der Verbannung.

Der Zusammenschluß der italienischen Flüchtlinge im Auslande.

Von Claudio Treves, zurzeit Paris.

Exilium pati — die Verbannung erleiden, das ist ein Wort Virgils, dessen ganze Tiefe und Bitterkeit die italienischen politischen Emigranten gekostet haben. Als die Wellen der Reaktion in Italien nach dem letzten Attentat von Bologna die letzten Reste der sozialistischen Partei hinweggeschwemmt und die Ausnahmegeetze und -gerichte, sowie die Vollzeitkommissionen für den Zwangsaufenthalt ihre Tätigkeit begonnen hatten, sahen die bewußtesten und klügsten Führer der Oppositionsparteien ein, daß es nur noch einen Weg gab: das Exil. Das Exil war sowohl die Rettung des Körpers wie der Seele. Der Körper: weil das „freiwillige Exil“, das durch einen Paß nicht autorisiert ist, nach dem neuen Geetze drei bis fünf Jahre Gefängnis einträgt und der Versuch dazu wie die vollendete Tat bestraft wird. Außerdem birgt die freiwillige Verbannung für den Flüchtling noch die Gefahr in sich, daß er ergriffen und erschossen werden kann von jedermann: Zollbeamten, Carabinieri, faschistischen Milizen, die mit der Ueberwachung der Grenze beauftragt sind.

Aber das Exil war vor allem die Rettung der Seele; es galt den Bedrückungen, Erpressungen und Frottern zu entgehen, mit denen der Faschismus in jenen Tagen die Schwächlingen erzwang oder erforderte, wobei er auf die Unmöglichkeit baute, dies öffentlich entlarven zu können. Durch diese Mittel wurden gleichermaßen wirkliche und falsche Abschweifungen erlangt. So ist man nie hinter die Wahrheit über die Abtrünnigkeit verschiedener Genossen in Ferrara gekommen, die sich um den früheren Abgeordneten Cavallari gruppierten.

Es galt, den Weg über das Gebirge zu wählen oder auch von der Küste aus schwierige Seerouten in fremde Häfen zu organisieren, um in das Land der Freiheit zu gelangen. Der Kanton Tessin und Korsika sahen diese zahlreichen, eigenartigen Reisenden ohne Gepäck anlangen, Alpinisten, auf deren Gesicht man die erlittenen harten Leiden ablesen konnte, Seefahrer, die selbst auf irgendeiner kleinen, elektrisch angetriebenen Ruffschale ankamen.

Im allgemeinen sind die Behörden mit den Flüchtlingen immer höflich umgegangen und haben sie, zumal in den Grenzorten, mit dem Allernotwendigsten versehen, nach dessen Empfang sie sich auf die Wege ihrer Vorgänger machten mit dem Endziel Frankreich oder, besser gesagt, Paris. Sie wurden von einer unwiderstehlichen Kraft dorthin getrieben, als wählten sie bestimmt, daß sie in Paris gleich nach der Ankunft ihre wirtschaftliche und berufliche, politische und gewerkschaftliche Tätigkeit aufnehmen könnten. Sie spürten das Bedürfnis, der öffentlichen Meinung klarzumachen, was in Italien vor sich gegangen war. Sie waren die natürlichen Ankläger der Erzeße, Zeugen, die die Zerstörungen und Blutbäder mit angesehen hatten. Sie dachten an nichts anderes als an die Wiederaufnahme der durch die Flucht kurz unterbrochenen Arbeit der Opposition gegen das faschistische Regime, unter dem Schutz republikanischer Freiheit.

Aber diese unerfahrene Begeisterung erlitt bald eine Abkühlung. Man mußte vor allem Mittel für die Aktion finden, vielmehr noch, es war zuerst einmal eine persönliche Organisation der Flüchtlinge zu schaffen, ein Problem, das keineswegs im Handumdrehen zu lösen war. Es erforderte lange und zahlreiche Vorfahrten durch das ungeheure Weichbild von Paris, um geeignete Räume zu finden. Und bald erkannte man, daß man an der Bildung großer Gruppierungen, wie sie vorher beabsichtigt waren, verzweifeln mußte, daß eine Teilung unvermeidlich war. Diese Teilung geschah unter wirtschaftlichen wie auch unter politischen Gesichtspunkten.

Diese Zersplitterung verhinderte zunächst jeden wirklichen Kampf der Emigration gegen das in Italien bestehende Regime. Auch trug die im Februar d. J. bekanntgewordene, wie eine Befehung klingende Erklärung einiger Führer der Gewerkschaften dazu bei, die Aktion der Antifaschisten im Auslande zu hemmen. Es stellte sich aber bald heraus, daß es sich dabei um eine rein persönliche Aktion einiger bis dahin allgemein geachteter Gewerkschaftsführer, wie Rigola und d'Aragona, handelte. Auf Veranlassung des Sekretärs des Sozialistischen Arbeiterinternationalen, des Genossen Dr. Adler, fand in Amsterdam eine gemeinsame Tagung mit der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt, an der Vertreter der italienischen Sozialisten und Gewerkschaften teilnahmen.

Das Ergebnis dieses Treffens war eine einmütige Erklärung, in der das Manifest der sieben früheren Gewerkschaftsführer vollkommen desavouiert und die Auslandsvertretungen der Sozialistischen Arbeiterpartei sowie des Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbundes als die einzigen Vertreter der politischen und gewerkschaftlichen organisierten italienischen Arbeiterpartei anerkannt wurden.

Diese neue von Amsterdam ausgegangene Stärkung bewirkte eine neue Aufmunterung für eine gemeinschaftliche demokratische Aktion gegen den Faschismus. Die Hindernisse und Schwierigkeiten hörten damit noch nicht auf. Die revolutionären Sozialisten (Maximalisten) sprachen ihr Bedauern darüber aus, keine Einladung nach Amsterdam erhalten zu haben. Wie aber konnten sie eingeladen werden,

Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlung

Vertragloser Zustand ab 1. Juli?

Paris, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In den deutsch-französischen Handelsbeziehungen droht eine neue Krise. Am 30. Juni läuft das im Herbst des vergangenen Jahres zustandegekommene und Ende Februar um vier Monate verlängerte Protokoll ab. Die damals gehegte Erwartung, daß es im Laufe des Sommers zum Abschluß eines definitiven deutsch-französischen Handelsvertrags kommen würde, ist daran gescheitert, daß die französische Kammer es abgelehnt hat, sich den von dem Handelsminister Bokanowski vorgeschlagenen Zolltarif zu eigen zu machen. Auch jetzt besteht keinerlei Aussicht, daß die Kammer den neuen Tarifentwurf noch vor den Ferien diskutieren wird und die seit Jahren angelegte Zollreform vor dem Jahre 1928 zustande kommen dürfte.

Aus diesen Erwägungen heraus hat die deutsche Delegation geglaubt, die von Frankreich gewünschte Verlängerung des Protokolls auf kurze Frist ablehnen zu müssen, und der französischen Regierung eine für die Dauer von mindestens einem Jahre gültige Neuregelung auf breiter Basis vorgeschlagen. Die französische Regierung, die sich offenbar ihrem Parlament gegenüber ein Druckmittel sichern wollte, ist aber darauf nicht eingegangen. Sie hat jetzt neue Vorschläge auf der Basis der bisherigen Vereinbarungen gemacht, aus denen, wie die Entwicklung des deutsch-französischen Außenhandels im letzten Halbjahr zeigt, Frankreich große Vorteile zu ziehen vermocht hat, während Deutschlands Einfuhr nach Frankreich dauernd zurückgegangen ist. Es ist deshalb auch anzunehmen, daß die deutsche Regierung in den neuen französischen Vorschlägen nicht die geeignete Verhandlungsbasis erblickt, und bis zum Ablauf des Protokolls, für das nur noch eine Woche Spielraum bleibt, wird mit der Möglichkeit gerechnet werden müssen, daß am 1. Juli ein vertragloser Zustand eintritt, wie er von Januar 1925 bis zum Herbst des vergangenen Jahres bestanden hat.

Das hat zur Folge, daß der Güterauswachs zwischen den beiden Ländern den geltenden General-, d. h. Maximaltarifen unterworfen sein wird. Dagegen sind von keiner Seite Kampfmaßnahmen geplant. Die Verhandlungen über ein neues Abkommen sollen viel-

da sie der Sozialistischen Arbeiterinternationale nicht angehören? Sie hatten im übrigen auch eine Kundgebung über eine Art „Einheitsfront“ mit den Kommunisten herausgegeben. Die Folge davon war, daß diese nur noch dreifertig statt entgegenkommender wurden. Die Maximalisten sprachen von „Einigung“, wollten aber zunächst — ebenso wie die Vertreter der bürgerlichen Republikanerpartei — keines ihrer aus Italien mitgebrachten Vorurteile aufgeben.

Schließlich hat man doch den antifaschistischen Zusammenschluß erreicht, die „Concentrazione antifascista“, die vor einigen Wochen gegründet wurde und ihre eigene Zeitung hat, „La Libertà“, die bereits eine umfassende Propagandatätigkeit begonnen hat und mit der möglichsten Energie forgesetzt wird. Der „Concentrazione“ haben sich angeschlossen: die Sozialistische Partei der italienischen Arbeiter, die Maximalisten, die Italienische Republikanische Partei, die Italienische Liga für Menschenrechte und der Allgemeine Italienische Gewerkschaftsbund. Die Vereinigung ist hervorgegangen aus einer politischen und psychologischen Forderung, angesichts deren der Partikularismus der einzelnen Parteien weichen und einer Einheit der Aktion Raum geben mußte. Die „Concentrazione“, ohne die einzelnen Parteien und die Organisationen, aus denen sie bestehen, ersehen zu wollen, denen sie volle Freiheit für ihre Propaganda überläßt, will, in Italien wie in der ganzen Welt die mächtigste Aktion gegen den Faschismus unternehmen und dabei nach folgenden Prinzipien handeln: die Freiheit ist die unentbehrlichste Voraussetzung aller politischen und moralischen Bewegungen, die auf eine Zukunft politischer Demokratie und sozialer Gerechtigkeit hinstreben; die Arbeitermasse bildet den Hauptkern der antifaschistischen Macht; der antifaschistische Kampf wird um so wirksamer gelingen, desto enger er sich mit dem Radikalismus der verbitterten, offen sozialistischen und republikanischen Massen verbindet. Und so wird der antifaschistische Kampf mit Energie geführt und der Sieg um so eher errungen werden, je mehr bei den Italienern in der Heimat und im Auslande das Bewußtsein der Schande und der Gefahr erwacht, die die faschistische Diktatur bedeutet.

Hugenbergs Linie.

Gegen Stresemann — für Helfferich, gegen Locarno — für Ruhrpolitik.

Die Hugenbergpresse revanchiert sich bei Stresemann für alle Gegnerschaft mit boshafter Kritik seiner Reichstagsrede. Stresemann und die Hugenbergpresse — sie wissen beide, wie sie miteinander daran sind. So schreibt der „Lokalanzeiger“:

„Herr Stresemann ging aus dem Schaugeficht des Tages — denn nur ein Schaugeficht war es — mit zwei blauen Augen und mit gekloppten Hochschößen hervor.

Genug für ihn, um nach der Ueberwindung anfänglicher, fühlbarer Belangenheit mit weniger Nervosität und Haltlosigkeit, als er sie seit dem Zusammenbruch in Genuß bisher gezeigt hatte — wir denken dabei an haltlose Beschimpfungen gegen unangenehme Kritiker seiner Taten — sich rednerisch mit seiner fatalen Lage zwischen einer bis ans Herz hinan lächelnden Regierungsmehrheit und einer an Ausbrüchen herzlichster Liebe nur durch Wohlthatil gehinderten Opposition abzufinden.

Eine glattere und rundere politische Kontursansage ist wohl nicht denkbar. Und man kann die Erklärung der Regierungsparteien noch so genau durchlesen — man wird in ihr kein Wort finden, das auch nur im leisesten die Kontursansage Herrn Stresemanns abschwäche. Herr Stresemann persönlich aber bleibt unangefochten — denn wer sollte Lust haben, seine Pflinden zu übernehmen. Das Zentrum, voller Unmut über ihn, ist gewillt, ihn zu erragen. Die Deutschnationalen, voller Zorn über ihn, sind ent-

schlossen, ihn zu erragen. Die eigene Deutsche Volkspartei, voller Enttäuschung über ihn, ist gewillt, ihn zu erragen.

An diesem „großen Tag“ war alles klein: der Minister, die Regierungsparteien, die Opposition. Nur der Knack in der Reputation des Außenministers war, ist und bleibt gewaltig. Der Zusammenbruch der Locarnopolitik selber aber ist ja nicht erst von heute.“

Politische Kontursansage — gut gesagt von einem deutschnationalen Blatt! Pleite groß — aber Pleite durch die Deutschnationalen, für die Deutschnationalen, mit den Deutschnationalen.

Das andere Hugenbergblatt, „Der Tag“, erzählt, wie die „neue Linie“ in der Außenpolitik des Bürgerblocks aussehen müßte:

„Das Bekenntnis zum Fortwurf ist eine Berlegenheitslösung. Welche Helfferich noch unter den Lebenden, so hätte er uns vielleicht einen Ausweg aus dem Wirrwahl gezeigt, wahrscheinlich denselben, der als der einzige schon so oft an dieser Stelle bezeichnet worden ist: da die Entente des Vertragsbruches überführt ist, haben auch wir wieder — nach vorheriger Ankündigung die Freiheit des Handels erlangt, wir brauchen also etwa nur unseren Entschluß zu erklären, unsere volle militärische Rüstung wieder aufzunehmen, falls bis zu einem bestimmten Termin die Abrüstung der anderen nicht erfolgt.“

Also statt Locarnopolitik, Ruhrpolitik. Gesinnungsgemeinschaft mit Poincaré. Im übrigen bezeichnend, daß am Tage der Ermordung Rathenaus sich der „Tag“ an Helfferich erinnert.

Der Pariser Eindruck der Reichstagsdebatte

Wutgeheul rechts — Anerkennung links.

Paris, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichstagsrede Stresemanns hat in Paris unzweifelhaft tiefen Eindruck hinterlassen. Ihre Bedeutung wird von allen Blättern der Pariser Morgenpresse deutlich, allein schon in der großen Aufmachung betont. Aus ihrem Inhalt hebt man vor allen Dingen die Stellen hervor, wo Stresemann betonte, daß Deutschland keine Revanche gegen Frankreich und seine Sicherheit nicht bedrohen wolle und niemand unter den verantwortlichen Führern so verbrecherisch sei, zum Kriege zu gehen. Die direkte Antwort Stresemanns auf die Luncviller Kriegsrede Poincarés wird als ebenso höflich wie geschickt bezeichnet, vor allen Dingen die Schlussstrichen der Rede Stresemanns an Poincaré finden hier große Beachtung. Wie tief der Eindruck der Rede in Paris ist, sieht man am besten aus dem hilflosen, komischen Wutgeschrei der Rechten. Hier hat vor allem der Vorwurf an Poincaré, daß er sich in den Details der Außenpolitik nur mäßig orientiert zeige, stark geübt. Stresemann muß sich den Vorwurf der Unverschämtheit und verletzenden Bosheit gefallen lassen. Stresemann habe keinerlei Milderung im Befehlungsregime infolge der Unterzeichnung des Locarnopaktes versprochen erhalten. Doppelt erfreulich muß es darum wirken, wenn ein bürgerliches Volksblatt, die „Volonté“, demgegenüber unzweideutig erklärt: „Stresemann hat am Donnerstag im Reichstag wohl die beste Rede seiner Karriere gehalten. Sie war ebenso vollständig wie genau, mäßig, geschickt und bedacht. Seit dieser Rede steht nicht mehr die Haltung Deutschlands zur Debatte, sondern diejenige Frankreichs und Poincarés. Unzweifelhaft ist die Stellung Stresemanns stärker als die Poincarés, denn Stresemann konnte eine Waffe ins Feld führen, die die französische Öffentlichkeit aufgreifen wird. Dabei hat Stresemann nicht ein einziges ungeschicktes oder verletzendes Wort gegen Poincaré ausgesprochen. Die Fragen, die er zum Schluß an Poincaré richtet, liegen nicht nur auf allen deutschen, sondern auch auf allen französischen Jungen.“

Der Gegner des ober-schlesischen Wojwoden Grefzinski, Rechtsanwalt Wolny, ist von seinem Posten als Mitglied der gemischten Kommission für Oberschlesien abgerufen worden. Das ist die Strafe dafür, daß er sich für eine gerechte Behandlung der deutschen Minderheiten eingesetzt habe.

An der Nordseite aber, dem Baum der Königsallee, der heute noch die Rußspuren des Attentats aufweist, wenige hundert Meter von der Rathenau-Villa am Hundeseht-See, steht ein anderer „Reichsbanner“-Posten und bewacht einen Lorbeerbaum, der sich zum mahrenden Gedächtnis der Untat vor fünf Jahren um den knorrigen Stamm herum schmiegte.

Menschen kommen und gehen, betrachten die Schleifen und die crust vor sich hinschneidenden Posten. Einige lachen und grollen. Die Wehrzahl aber nimmt den Hut ab und geht wortlos vorbei, die Königsallee hinunter, da wo am Straßenrand vor dem Hundeseht-See, die Rathenau-Villa steht. Feiertlich reden sich die beiden Pappeln am Eingang auf und flankieren den schmalen Kiesweg, über den bis vor wenigen Monaten noch Mutter Rathenau mit dem vollen weißen Haar ins Haus zu gehen pflegte.

Böckische Feiertimmung liegt über dem alten Kasten mit seinen hohen Wänden, der soviel Kultur und edle Menschlichkeit in sich barg.

Einen Kanonenschuß weiter nach Osten, aber im Reichstag, sagt Gustav Stresemann mit dem bekannten berückenden Schmelz in seiner Stimme daselbst wie vor etwas mehr als fünf Jahren Walter Rathenau.

Achter deutscher Volksbühnentag.

Magdeburg, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

In nicht öffentlichen Verhandlungen haben die leitenden Instanzen des Verbandes Deutscher Volksbühnen in den letzten zwei Tagen in Magdeburg verhandelt und besonders auch mit den Leitern der Wanderbühnen, durch die der Verband ernste dramatische Kunst in theaterferne Dörfern tragen läßt, eingehend beraten. Gestern abend wurde die öffentliche Tagung mit einer großen künstlerisch umrahmten Veranstaltung im Schützenhaus eröffnet, zu der sich neben den einzelnen Delegierten und Gästen auch die Magdeburger Arbeiterkassette in großer Zahl eingefunden hatte. Nach Vorträgen des Philharmonischen Orchesters und trefflich gelungenen alten Chorsiedern der Volksmusikschule, hielt der erste Vorsitzende, Unterstaatssekretär a. D. Kurt Baake, die eindrucksvolle Eröffnungsrede, in der er die kulturbringende Mission der Volksbühne sowie den Willen der Volksmassen zur Kunst darlegte, das gewaltige Wachstum der Volksbühnenbewegung feststellte und in einigen Worten auch des Berliner Piscator-Konflikts gedachte, von dem er sagen konnte, daß er längst überwunden ist und der Berliner Volksbühne keinen Schaden gebracht hat. Großes Aufsehen machte die Mitteilung des Vorsitzenden, daß dem Führer der jungen belgischen Volksbühnenbewegung in Antwerpen, einem jungen Volksschullehrer, der Urlaub zur Teilnahme am Deutschen Volksbühnentag verweigert worden ist. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß irgendein Ministerialer Schulbureaukrate dafür verantwortlich ist und die Sozialisten in der belgischen Regierung nichts davon wußten, denn sonst wäre dieses Vorgehen wohl unmöglich gewesen.

Warmherzig begrüßte Dr. Seelig im Namen des preussischen Ministeriums für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung die Tagung,

Sächsisches Regierungstheater.

Die bescheidenen Deutschnationalen. — Abwertung der Volkspartei durch die Aufwertungspartei. — Krach in der AWP.

Dresden, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Wenn nicht alles täuscht, hat die sächsische Regierungskrise jetzt ihr Ende erreicht. Die Deutschnationalen haben sich bereit erklärt, einer Ernennung ihres Ministeranwärters Dr. Krug-Ridda zum Wirtschaftsminister zuzustimmen. Bei der Bildung der Regierung Held im Januar 1927 war bekanntlich von den bürgerlichen Koalitionsparteien den Deutschnationalen versprochen worden, daß die Regierung zurücktreten werde, wenn nicht bis zum 1. Januar die Deutschnationalen in die Regierung aufgenommen worden seien und die Zahl der Minister von 7 auf 5 verringert ist. Bis zum 1. Januar aber kamen die Verhandlungen über die Umbildung der Regierung zu keinem Resultat. Die bürgerlichen Minister der Koalitionregierung erklärten infolgedessen ihren Rücktritt, während die AWP-Minister, Ministerpräsident Held und Arbeitsminister Eisner ihre Posten nicht niederlegten.

Im Verlauf der Krise haben die Deutschnationalen ständig ihre Ansprüche vermindert. Sie verzichteten zunächst auf die ihnen versprochene Verringerung der Zahl der Minister von 7 auf 5. Für den Fall, daß eine Verminderung der Ministerzahl nicht eintrete, hatten sie zuerst zwei Ministerien verlangt, das Innenministerium und das Wirtschaftsministerium. Sie erklärten sich aber dann bereit, sich mit dem Wirtschaftsministerium zu begnügen, wenn jede der an der Regierung beteiligten Parteien nur einen Ministerfig erhalte. Die AWP blieb aber darauf bestehen, daß ihr zwei Ministerposten, die Ministerpräsidentenschaft und das Arbeitsministerium erhalten bleibe. Die Deutschnationalen, die mit 14 Abgeordneten die größte bürgerliche Partei im Sächsischen Landtag sind, sträubten sich dagegen, daß sie sich nur mit einem Ministerfig begnügen sollten, während die nur aus 4 Abgeordnete bestehende AWP-Fraktion 2 Ministerfige erhalte. Seit aber haben sie auch in diesem Punkte nachgegeben und wollen sich mit dem Wirtschaftsministerium begnügen, obwohl die AWP zwei Ministerfige erhält.

Aus dem gegenwärtigen sächsischen Kabinett muß, um den deutschnationalen Ministeranwärttern Platz zu machen, der jetzige Dr. Wilhelm ausscheiden. Außerdem soll der bisherige volksparteiliche Justizminister Bürger durch den Abgeordneten Dr. von Fummett von der Aufwertungspartei ersetzt werden.

In der AWP hat sich übrigens gegen die Koalition mit den Deutschnationalen lebhafter Widerspruch bemerkbar gemacht. In den Instanzen dieser Partei wurde beschlossen, gegen die Koalition mit den Deutschnationalen Einspruch zu erheben. Diese Beschlüsse sind bisher übrigens noch nicht veröffentlicht worden. Die Abgeordneten der AWP sind aber offenbar nicht gewillt, auf die Beschlüsse ihrer eigenen Instanzen irgendwelche Rücksichten zu nehmen.

Durchpeitschung der Oberhausreform.

Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei.

London, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung hat am Donnerstag durch Churchill das Ersuchen der Arbeiterpartei, einen Tag zur Erörterung der Reformpläne für das Oberhaus zu bestimmen, glatt abgelehnt. Als Sprecher der Arbeiterpartei kündigte hierauf Clynnes an, daß es angesichts der Weigerung der Regierung, den Tag für die Debatte zu bestimmen, Pflicht der Opposition sei, eine Diskussion zu sichern. Die Labour Party wird also den üblichen Weg einschlagen und durch die Vorlage eines Mißtrauensantrages gegen die Regierung die Diskussion erzwingen.

Keine Erhöhung der Bahnlarife. Die von der „Deutschen Zeitung“ verbreitete Nachricht über eine Erhöhung der Reichsbahnlarife ist, wie wir von zuständiger Seite erfahren, aus der Luft gegriffen.

Rathenau.

Von Hermann Schühinger.

Wieder stehen Reichsbanner-Posten im Friedhof von Nieder- Schönnewalde am Grab Walter Rathenaus. Nicht in der Pose der Garderegimenter am „Katastalt“ irgendeiner Majestäät, sondern als Sinnbild einer Volkstrauer, die seit dem Attentat in der Königsallee, seit dem Aufbrausen des Massenorns über die feige Tat immer noch lebendig ist.

Die Familiengruft der Rathenaus, die sich — weiß Gott — ein feudales Mausoleum im Grunewald oder auf ihrem Landschloß Freienwalde hätten leisten können, befindet sich im proletarischen Osten, am Stammweg der AWP, im Gemeindefriedhof von Oberschönnewalde, umringt von Proletenhäusern, Fabriken, Lagerhäusern, Essen und Schlotten.

Vielleicht ist darum der stille Reichsbanneraufmarsch am Grab des vielsch um Leben gebrachten Rathenau alljährlich von so erschütternder Eindringlichkeit, weil die Kundgebung aus einer Proletenvorstadt hervorprallt und am Grabstein einer Unternehmer-Dynastie lebendig wird.

Als Walter Rathenau im Juni 1922 in der Königsallee unter der Feuergrabe jener Maschinenpistole zusammenbrach, gab es noch keinen „Reichsbanner“, keine republikanische Frontsoldaten-Organisation. Angefacht von vier Jahren Nord hatte das Proletariat die Waffen geworfen. Erst die Nord-Welle der Nachkriegszeit und das Attentat auf Rathenau zwang uns wieder in die Uniform der republikanischen Miliz, in Reih und Glied.

Umso sinniger wirkt nun gerade dieser Reichsbanner-Ehrenposten am Grab Rathenaus. Dieser unendlich begabte, geistig überragende Mensch konnte alles werden in der Kaiserzeit: Kommerzienrat, Geheimrat, Doktor honoris causa, Handelskammerpräsident, Inhaber aller möglichen Hausorden und Hofenband-Kreuze. Nur nicht Leutnant der alten Armee. An dieser einen Barriere stieß sich schon der junge „Einführig-Freiwillige“ Walter Rathenau vergeblich die Hörner ein.

Ein Jude Rejeres-Offizier? Da konnte er alle Herrlichkeiten der Welt erfinden, Einstein-Theorie erdacht, Anti-Arebs-Bazillen entdeckt oder neue Ueber-Radio-Wellen erfunden haben. — In die ganz gute Gesellschaft der rasselernen Gutsherrn und Kasernen-Junker kam er deswegen noch lange nicht hinein.

Walter Rathenau hat Ballen voll Gift, voll Galle und voll Zorn in sich hineingeflogen, weil er hier Jahre lang vor einer unüberwindlichen Schranke stand.

Jetzt stellt dem Toten, der zwar Millionen der deutschen „Kriegswirtschaft“ umformen und zusammenballen, aber nicht zum Leutnant avancieren durfte, das „Reichsbanner“ alljährlich eine „Ehren-tompognee“.

indem er die gegenseitige herzliche Treue dieses Ministeriums und der Volksbühnenbewegung betonte. Auch der preussische Ministerpräsident, der Minister des Innern, der Oberpräsident der Provinz Sachsen und der Regierungspräsident von Magdeburg ließen der Tagung ihre besten Wünsche ausdrücken. Die recht lokalpatriotische Ansprache eines Redners gab dem Magdeburger Oberbürgermeister, Genossen Weims, Anlaß zu einer Fülle humoristischer Bemerkungen, die Stürme von Heiterkeit entzettelten. Weims schloß als einfaches Volksbühnenmitglied mit den aufrichtigsten Wünschen für die Tagung. Genosse Heinrich Schulz, der zum ersten Male seit Jahren nicht mehr als aktiver Staatssekretär und Vertreter des Reichsministeriums des Innern sprechen konnte, das übrigens gleichfalls seine Grüße geschickt hatte, sprach im Namen der Deutschen Kunstgemeinschaft, des Sozialistischen Kulturbundes, unseres Reichsbildungsausschusses und unserer Reichstagsfraktion. Für die Kunststellen der Wiener Arbeiterkassette sprach Genosse Dr. D. J. Bach, der seine interessanten Ausführungen in der Verkündung der unauf lösslichen Einheit Oesterreichs und Deutschlands ausklingen ließ. Weitere künstlerische Darbietungen beschlossen den erfolgreichen Abend.

Sozialhygiene in Sowjetrußland.

Im Rahmen des Vortragszyklus, den zurzeit eine größere Anzahl hervorragender russischer Mediziner und Naturwissenschaftler in Berlin abhält, sprach vor zahlreichen bekannten deutschen Sozialhygienikern und Gesundheitsbeamten der russische Volkskommissar für das Gesundheitswesen, Professor Semaschko, im großen Saale des Reichsgesundheitsamtes. Der Präsident dieser Behörde, Dr. Hamel, ließ ihn willkommen und wünschte eine enge Zusammenarbeit der russischen und der deutschen Ärzte. Aus dem Vortrage Professor Semaschkos war es interessant zu erfahren, daß an jeder russischen Universität ein Lehrstuhl für Sozialhygiene vorhanden ist. Wie sehr die sozialhygienische Beirätigkeit sich nach deutschen Vorbildern richtet, kann man daraus ersehen, daß das Programm für den sozialhygienischen Unterricht an den russischen Universitäten, das Professor Semaschko seinen Hörern überreichte, schon im Kapitel „Begriffsbestimmung der Sozialhygiene“ auf die Definitionen zweier deutscher Sozialhygieniker, unserer Parteigenossen Professor Grotjahn und Professor Thajes, ausdrücklich verweist.

Daß die Sozialhygiene nicht nur im Bereiche des Unvorsichts- unterrichts, sondern auch in ihrer praktischen Anwendung bei der öffentlichen Organisation des Gesundheitswesens in Rußland sich nach dem Sturze des Zarismus sehr erfolgreich entwickelt hat, steht außer Frage. Auch die in Rußland früher geradezu mörderische Säuglingssterblichkeit ist außerordentlich stark zurückgegangen. Da auf hygienisch-kulturellem Gebiete, namentlich bezüglich der Wasser- versorgung und der Kanalisation in Rußland, wie Professor Semaschko betonte, noch große Mängel vorhanden sind, wird hierdurch die sozialhygienische Arbeit in ihrem Fortschreiten behindert. Was bisher von Professor Semaschko und seinen Mitarbeitern geleistet und ja auch von einer größeren Anzahl von deutschen Mediziner in den letzten Jahren in Augenchein genannt werden konnte, ist jedenfalls sehr anerkennenswert, wenn es auch in der Hauptfrage für Deutschland nichts „Neues“ darstellt. Dr. Korach.

Das Polizeigesetz vor dem Landtag.

Städteordnung und Landgemeindeordnung sollen im Herbst beraten werden.

Der Vorkomitee des Landtages beriet über die Geschäftslage. Der Landtag soll nach den getroffenen Vereinbarungen bereits am Freitag, dem 1. Juli, in die Sommerferien gehen. Die Landgemeindeordnung und Städteordnung soll vor der Pause nicht mehr behandelt werden. Diese Entwürfe sollen erst im Herbst zur weiteren Beratung gestellt werden.

Am heutigen Freitag will man das Polizeibeamtengesetz und das Unterelbegeetz möglichst in zweiter Lesung erledigen.

Der Beginn der heutigen Landtagssitzung verzögert sich wegen länger dauernder Besprechungen des Vorkomitees um eine halbe Stunde.

In Erledigung seiner Tagesordnung überweist das Haus zunächst das Ersuchen des Finanzministers um Zustimmung zur Veräufnerung der Beteiligungen des preussischen Staates an Privatbahnen dem Hauptauschuss.

Annahme finden noch Ausschussanträge, die u. a. verlangen: ausreichenden Zollschutz für die deutsche Viehzucht und ihre Produkte; Prüfung darüber, ob und welche gesetzgeberischen Maßnahmen sich empfehlen, durch welche die Rechte der Autoren der Literatur und Tonkunst sowie die Interessen der Aufführungsberechtigten gegen ausbeuterische Befriedigungen von Verlags- und Ausführungsvertriebsgesellschaften geschützt werden.

Ferner wird das Staatsministerium ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß in dem in Vorbereitung befindlichen Reichsstrafvollzugsgesetz Richtlinien über die Beschäftigung der Strafgefangenen aufgestellt werden, durch die nach Möglichkeit das Handwerk gebührend gefördert wird.

Dann wird die zweite Beratung des Polizeibeamtengesetzes fortgesetzt.

Dabei wird § 1 mit großer Mehrheit in der Ausschussfassung angenommen.

Beim § 4 wendet sich Abg. Bork (Dnat.) gegen einen sozialdemokratischen Antrag, wonach für die Offizierslaufbahn die Hälfte der Stellen den Polizeiwachmeister ohne abgeleitete Ausbildung vorbehalten werden soll.

Nachdem Abg. Kalper (Komm.) den sozialdemokratischen Antrag die Zustimmung seiner Freunde erteilt hatte, begründet

Abg. Mehnert (D. Sp.) einen Antrag seiner Partei, der die Beförderung nach Wahlgabe freier Stellen unter Berücksichtigung der Persönlichkeit, Fähigkeiten, Leistungen und Dienstzeit für jeden Polizeibeamten ermöglichen will.

Der volksparteiliche Antrag wird gegen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei abgelehnt, der sozialdemokratische Antrag gegen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten.

Im übrigen wurden aus dem § 10 durchweg die Beschlüsse des Ausschusses bestätigt.

§ 11 bestimmt, daß Polizeibeamte in den ersten 10 Jahren ihrer Dienstzeit

wegen mangelnder dienstlicher Eignung gekündigt werden können.

Die Deutschnationalen erklären durch den Abg. Bork diese Fassung für unannehmbar, weil sie politische Rechte erzmögliche.

Minister Grzesinski: Für mich wird stets nur die dienstliche Eignung maßgebend sein. Weder ich, noch mein Vorgänger, haben je daran gedacht, diese Bestimmung zu politischen Maßnahmen auszunutzen. Aber wenn ich für die Polizei die Verantwortung tragen soll, muß ich auch die Möglichkeit haben, die Beamten auszuwählen.

Abg. Mehnert (D. Sp.) erklärt sich durch die Worte des Ministers für befriedigt. Aber die Parteien der Opposition hätten keine Sicherheit, daß Grzesinski immer Innenminister sei und könnten deshalb die zweideutige Fassung des Gesetzes nicht zulassen.

Bei der namentlichen Abstimmung geben Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei keine Karten ab. Abgegeben werden 222 Stimmen. Es fehlen also vier Stimmen an der Beschlußfähigkeit.

Die Beratung wendet sich dann dem Unterelbegeetz zu. Der gestern wegen Beschlußunfähigkeit gescheiterte § 1 der Eingemeindungsordnungen wird mit 221 gegen 8 Stimmen angenommen.

Preußen und die Beamtenbesoldung.

Sozialdemokratischer Antrag im Landtag.

Im Landtag ist ein sozialdemokratischer Antrag eingegangen, wonach das Staatsministerium bei den Vorarbeiten für die Neugestaltung des Beamtendienstvertragsgesetzes eine Reihe von Grundzügen bei den Verhandlungen mit der Reichsregierung auch bei der Reform der Besoldungsordnung zur Beachtung bringen soll. Es wird u. a. gefordert, daß die Einstufung der Beamten nach der Leistung, der Verantwortlichkeit usw. erfolgen soll; der Aufstieg in höhere Ämter muß allen Beamten bei Beherrschung im Dienst gewährleistet sein. Die Einführung der Stellenzulagen hat zu unterbleiben. Ferner wird gefordert: Einbau der Sozialzulagen in die Grundgehälter, Gleichstellung der außerplanmäßigen Beamten mit den planmäßigen Beamten hinsichtlich der Beförderung, Vereinfachung der Beförderungsvorschriften, Gleichstellung der weiblichen Beamten mit den männlichen bei gleicher Leistung, Ersatz des Wohnungszulagenschusses durch den Ortszuschlag. Schließlich sollen alle Pensionäre so behandelt werden, als ob sie am Tage des Inkrafttretens der Besoldungsordnung pensioniert worden wären.

Hypothekenaufwertung.

Zugeständnisse der Regierungsparteien.

Die Regierungsparteien sind sich nach langen Beratungen endlich über die Zugeständnisse, die sie in der Aufwertungsfrage zu machen gedanken, schlußig geworden. Sie wollen dem sozialdemokratischen Antrag auf Wiedereröffnung der Anmeldefristen für Hypothekensicherung und Anleihen insoweit entgegenkommen, als sie bei unverschuldeter Versäumnis die nachträgliche Anmeldung bis zum 1. Oktober dieses Jahres zulassen wollen.

Bei der Aufwertung von Hypotheken, die im Jahre 1921 entstanden sind, soll die persönliche Forderung bis zu 400 Proz. des Goldmarktwertes aufgewertet werden können, wenn die Forderung in den ersten neun Monaten, bis zu 600 Proz., wenn sie in den letzten drei Monaten begründet worden ist. Das ist alles, was die Regierungsparteien gewähren wollen.

Die Sozialdemokraten haben zur Spartassenaufwertung den Antrag gestellt, daß die Verzinsung der aufgewerteten Spartaguthaben einheitlich bei allen Sparkassen am 1. Januar 1926 beginnen muß. Der Zinssatz soll dem Satz entsprechen, der für neue Spartasseneinlagen gilt.

Abhiebung einer deutschen Kommunistin aus England. Die deutsche Kommunistin Käthe Guffeldt wurde heute Blätterberichten zufolge nach erfolgter Verbüßung einer zweimonatigen Gefängnisstrafe, zu der sie wegen widerrechtlichen Besizes eines britischen Passes verurteilt worden war, unter Bewachung mehrerer Geheimpolizisten nach Deutschland abgeschoben.

Belle-Alliance-, Ecke Teltower Straße.



Das interessante Rheinlandhaus, das die „Translag“ G. m. b. H. in der Belle-Alliance-Straße Ecke Teltower Straße baut, geht seiner Vollendung entgegen. Das Gebäude schließt an die ehemalige Dragonerkaserne an und umschließt den Kasernenhof, die Straßenecke durch die Einfachheit seiner Architektur aus ihrer früheren Bedeutungslosigkeit hebend. Das bis jetzt zweistöckige Gebäude umfaßt nur Bodenräume. In einigen sind schon Geschäfte errichtet, während in anderen noch die ungeputzten Mauern stehen und

das Gebäude noch nicht einmal überdacht ist. Die beiden Flügel des Gebäudes werden nicht höher gebaut werden, nur der rund gehaltene Teil an der Straßenecke bekommt eine architektonisch bemerkenswerte Erhöhung. In diesem Teil des Gebäudes soll in der Hauptsache ein Großkino untergebracht werden, wenigstens nach den ursprünglichen Plänen. Neuerdings stößt aber die Arbeit gerade an diesem Teil des Baues und die gewaltige Kuppel, die den Kinobau überdachen sollte, scheint noch lange auf sich warten zu lassen.

Schnellbahn Gesundbrunnen—Neukölln.

Änderung der Linienführung. — Tunnel unter der Jannowibrücke.

Bei der Schnellbahn Gesundbrunnen—Neukölln war die Linienführung ursprünglich so gedacht, daß die Bahn von der Brückenstraße unter der Spree hinweg zur Walzenbrücke und von da durch die Neue Friedrichstraße unter der Warthalle hinweg zur Kaiser-Wilhelm-Straße gehen sollte. Da aber dann die Haltestelle an der Königstraße so weit von der Stadtbahn und vom Alexanderplatz entfernt gewesen wäre, daß für den Umsteigeverkehr sich zu lange Wege ergeben hätten, wurde der Plan dahin abgeändert, daß die Bahn aus der Neuen Friedrichstraße in die Dirschstraße abbiegen und dicht am Stadtbahnhof Alexanderplatz eine Haltestelle haben sollte. Erst später hat sich herausgestellt, daß bei dieser neuen Linienführung die notwendige Unterführung des Landgerichtsgebäudes in der Neuen Friedrichstraße und die Unterführung mehrerer Stadtbahnbojen sehr große Bauwierigkeiten bringen müßten. Daher wird jetzt geplant, die Bahn von der Brückenstraße in einem neu zu bauenden Spree-Tunnel unter der Jannowibrücke durch die Alexanderstraße und von da unter dem Stadtvoelgefängnis hinweg zur Dirschstraße zu führen.

Um den Bau des Tunnels unter der Jannowibrücke zu ermöglichen, muß die Jannowibrücke abgebrochen und neu gebaut werden, wobei auch eine Verbreiterung der Brücke und der Stadtbahnüberführung erfolgen soll. Selbstverständlich muß dann auch die Brückenstraße verbreitert werden, die schon lange als viel zu schmal empfunden worden ist. Der alte Spree-Tunnel, der noch dem neuen Plan überflüssig wird und höchstens noch für Abstellgleise benutzt werden kann, ist so undicht, daß die Dichtmachung 1 1/2 Millionen Mark erfordert. Er ist von der privaten A.G. Schnellbahngesellschaft gebaut worden, ehe sie in der Inflationszeit das ganze Unternehmen aufgab und es an die Stadt fallen ließ.

Durch die Abänderung der Linienführung soll an Baukosten gegenüber dem alten Projekt nur ein Mehraufwand von 4 400 000 M. entstehen. Erwartet wird voller Ausgleich der Mehrkosten durch Mehreinnahmen aus dem Betrieb, weil die für den Verkehr günstigere Haltestellenanordnung (nun am Bahnhof Jannowibrücke) eine stärkere Benützung der Bahnstrecke bringen wird.

Ueber die der Stadtverordnetenversammlung zugewandene Dringlichkeitsvorlage, die bereits einem Ausschuss überwiesen worden ist, wird mit größtmöglicher Beschleunigung entschieden werden.

Käuflicher Ueberfall.

Eine Sechzehnjährige in ihrem Zimmer gefesselt.

Ein merkwürdiger Ueberfall, der noch dringender Aufklärung bedarf, beschäftigt die Kriminalpolizei. In dem Hause Pasteurstraße 12 hat ein alleinstehender Mieter R. von seinen drei Stuben die beiden Vorderzimmer an ein Ehepaar S. abvermietet. Bei diesem ist eine 16 Jahre alte Hausangestellte Herrtha G. Heute morgen kam das Mädchen zur gewohnten Zeit nicht zum Vorschein. Frau S. rief vergeblich nach ihr und sah dann selbst nach. Sie fand das Mädchen in seiner Kammer mit verbundenen Augen geknebelt und gefesselt auf dem Bett liegen. Da sie besinnungslos war, ließ die Frau sofort einen Arzt holen und das 69. Revier benachrichtigen. Der Arzt und die Kriminalbeamten des Reviers besuchten das Mädchen, und sie kam dann mit ärztlicher Hilfe wieder zur Besinnung. Wie sie angibt, kamen um 4 Uhr morgens plötzlich zwei Männer in die Kammer, warfen ihr ein Kissen auf den Kopf, knielten sie, bevor sie noch ein Wort verlauten lassen konnte, verbunden ihr die Augen mit einem großen weichen Taschentuch und fesselten ihr die Hände mit einem dünnen Draht. Die Ueberfallene verlor, wie sie sagt, bald die Besinnung. Gewalt ist ihr nach der vorläufigen ärztlichen Untersuchung nicht angetan worden. Der Knebel ist ein vier Zentimeter langes Stückchen Holz. Das nicht gezeichnete Taschentuch gehört dem Mädchen, wie sie versichert, ebensowenig wie der zur Fesselung benutzte Draht. In der Kammertür haben die Beamten keinerlei Spur von Gewalt entdecken können, auch nicht am Schloß. Das Mädchen ist anscheinend noch sehr benommen und wird, wenn sie sich wieder erholt hat, noch einmal eingehend vernommen werden.

Nächtlicher Straßenkampf am Helmholtzplatz.

Heute früh gegen 4 Uhr kam es am Helmholtzplatz im Norden Berlins zu schweren Ausschreitungen zwischen nächtlichen Ruhestörern und Polizeibeamten, in deren Verlauf die bedrängten Beamten von ihren Waffen Gebrauch machen mußten. Eine Horde von etwa 25 bis 30 Burschen durchzog laut lärmend und singend die Straßen und störte die Anwohner aus dem Schlaf. Am Helmholtzplatz forderte eine Polizeistreife von zwei Beamten die Burschen auf, den Lärm einzustellen. Dieser Aufforderung wurde aber keineswegs Folge geleistet. Als die Beamten zur Festnahme der Rädelsführer schreiten wollten, fiel plötzlich die Schar über die Beamten her und veruchte ihnen die Waffen zu entreißen. In höchster Bedrängnis gab einer der Beamten einen Schuß ab. Die Kugel drang dem 22jährigen Erich D. aus der Weichenburger Straße 23 in den Leib. Der andere Beamte mußte sich die Angreifer mit dem Seitengewehr vom Leibe halten. Von Anwohnern war inzwischen das Ueberfallkommando alarmiert worden. Nur durch das plötzliche Erscheinen des Ueberfallkommandos blieben die Beamten vor weiteren Angriffen verschont. Es wurden vier

Zwangsgestellungen vorgenommen. Der schwerverletzte D. wurde als Polizeigefangener in das Staatskrankenhaus übergeführt. Ein zweiter Verletzter war von seinen Kumpanen rechtzeitig in Sicherheit gebracht worden.

Das überfahrene Haltesignal.

Der Straßenunfall des Staatssekretärs v. Kühlmann.

Der bedauerliche Straßenunfall, den der Staatssekretär a. D. Richard v. Kühlmann am 12. März mittags um 1 Uhr an der Straßenkreuzung unter den Linden Ecke Wilhelmstraße erlitten hat, beschäftigte heute das Erweiterte Schöffengericht Mitte. Wegen fahrlässiger Körperverletzung hatte sich der 22jährige Hans Schulz, Angestellter in der Käsegroßhandlung seines Vaters in Neukölln, zu verantworten.

Es wird Schulz zur Last gelegt, daß er den Unfall verschuldet hat, indem er rücksichtslos mit seinem Motorrad über die Straße gefahren war, als schon das gelbe Zeichen der Verkehrsampel erschienen war. Staatssekretär v. Kühlmann kam in demselben Augenblick aus der Wilhelmstraße, in der er im Hause Nr. 66 wohnt. Er wollte im Vertrauen auf das gegebene Zeichen, das allen die Straße unter den Linden entlangfahrenden Wagen Halt gebot, die Linden überschreiten. Mitten auf dem Straßendamm wurde er angefahren und zu Boden geschleudert. Er erlitt einen Schädel- und Schlüsselbeinbruch und befindet sich jetzt noch, allerdings auf dem Wege der Besserung, im Sanatorium Grunewald. Deshalb konnte er auch heute als Zeuge nicht erscheinen. Ueberdies hatte er dem Gericht auch mitteilen lassen, daß er zur Sache nichts sagen könne, da er an den Vorgang keine Erinnerung mehr habe. Auf die Frage, ob er das, was er getan habe, bedauere, erwiderte der Angeklagte mit Achselzucken: „Was soll ich da bedauern.“ Amtsgerichtsrat Rehner: „Wo Sie stehen auf demselben Standpunkt, den Sie vor der Polizei eingenommen haben. Dort haben Sie sich ziemlich zynisch benommen, höhnisch gesächelt und sich nach dem Bericht der Polizei direkt frech benommen. Auch Ihr Verhalten hier vor Gericht mit Ihrer lässigen Sprechweise macht keinen guten Eindruck. Der Angeklagte wandte sich insbesondere gegen den erschwerenden Anlagepunkt, daß er die ihm im Beruf obliegende Aufmerksamkeit als Motorradfahrer außer acht gelassen habe. Er behauptete, daß er das Rad zu Geschäftszwecken nie benutzt habe und es an diesem Tage in der Geschäftszeit nur gefahren habe, weil er es von der Reparatur abgeholt hatte. — Nach kurzer Beratung sprach das Schöffengericht den Angeklagten Schulz von der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung des Staatssekretärs v. Kühlmann auf Kosten der Staatskasse frei. Es sei sehr bedauerlich, daß für diesen schweren Unfall keine Sühne gefunden werden könne. Das Gericht hielt aber den Beweis nicht für erbracht, daß dem Angeklagten ein pflichtwidriges Verschulden treffe. Er durfte auch bei gelbem Licht hinüberfahren, und zwar mit größter Geschwindigkeit. Allerdings mußte er mit der Möglichkeit rechnen, daß Passanten auch an einer anderen Stelle als an dem Strich der Kreuzung die Straße überqueren würden.“

Um die deutsche Steher- und Fliegermeisterschaft! Am Dienstag abend gingen auf der Sietziner Bahn die Ausscheidungsrennen für die deutsche Stehermeisterschaft über 100 Kilometer vor sich. Besonders mußte das Rennen wegen der ungünstigen Witterung zweimal verschoben werden. Am Start erschienen Lewanow, Bauer, Sawall, Rosellen und Dederichs. Sawall ging in diesem Vorlauf als Sieger hervor. Zweiter wurde Lewanow vor Bauer, Rosellen und Dederichs. In dem Endlauf, der auf der Bahn in Frankfurt a. M. am 26. Juni zum Austrag kommt, treffen somit Sawall und Lewanow (zweiter Vorlauf) und Müller und Kremer (erster Vorlauf) zusammen.

Der Direktor des Rose-Theaters, Bernhard Rose, ist nach länger, schwerer Krankheit in Bad Dognhausen gestorben. Erst vor ganz kurzer Zeit konnte er das 50jährige Bestehen dieses populären, nach ihm benannten Alt-Berliner Volkstheater feiern. Er war das Oberhaupt einer ganzen Schauspielergeneration, die familiär noch heute an dieser Bühne künstlerisch tätig sind. Als märkischer Bauernsohn war Bernhard Rose seinerzeit nach Berlin gekommen, hatte sich von kleinen Anfängen bis zum Theaterdirektor emporgearbeitet und diese Stätte altberlinerischer Kunst den Wirrnissen der Zeiten trotzend, als ein Stück Berliner Lokalchronik erhalten.

Bei der heutigen Reichsbannergedenksfeier für Walter Rathenau spricht, wie bereits mitgeteilt, Reichstagskanzler a. D. Josef Wirth und ferner der Reichstagsabgeordnete Theodor Heuß. Treffpunkt zur Feier um 7 Uhr am Bahnhof Niederlehndorferstraße.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Byrds Ozeanflug abermals verschoben. Der Start Byrds in New York ist, nachdem alles für den Abflug bis aufs Feinste vorbereitet worden war, abermals verschoben worden. Der New Yorker Wetterdienst meldete über dem Ozean herannahende Sturmwirbel, so daß Byrd es vorzog, einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten.

Eine internationale Luftfahrtausstellung, verbunden mit einem ausgiebigen Flugprogramm, wird Ende August in Kopenhagen eröffnet werden.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaftl. G. Klingelböfer; Gemeindefortschreibung: J. Steiner; Neulit.: K. G. Böcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karch; Anzeigen: H. Glöck; Gutlich in Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Springer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Stern 1 Beilage.

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Süden-Westen.

Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftl. Versicherungs-Aktiengesellschaft

Die Versicherung aller Arbeiter und Angestellten

Auskunft erteilen alle Vertrauensleute, sowie die Rechnungsstelle
Berlin S 42, Ritterstraße 126, I.

Stadtbad Kreuzberg
Baerwaldstraße 64/67.

Aller Art medizinische Bäder für Herren und Damen.
Geöffnet täglich von morgens 9 Uhr bis abends 7 Uhr
Kassenschluß 6 Uhr :: Zugelassen bei sämtl. Krankenkassen.
Schwimm-, Wannen- und Brausebäder.

Max Geist
Tabakfabrikate

Engroslager:
Stallschreiberstr. 23a
Filialen in Groß-Berlin
Frankfurt a. d. Oder
und Starogard i. Pommern

Bauhütte Berlin G.m.
Gesellschaft für Bauausführungen aller Art

Berlin SW 48, Wilhelmstr. 106
Fernsprecher:
Zentrum 3205, 3206, 3207

Die Berliner Töpferhütte **Oefen jeder Art für Wochenhäuser**
transportable sowie feststehende Oefen und Kachelherde, führt sämtliche Reparaturen und Töpferarbeiten aus. — Kostenlose heiztechnische Beratung und Vorschläge.

Berlin SO 36, Waldemarstr. 14 • Moritzplatz 9314

Dampfwäscheri „Adler“
Diefenbachstr. 33 Moritzpl. 18599

empfiehlt sich zur Annahme sämtl. Haus- und Leibwäsche
Spezialität feiner Damen- und Herrenwäsche
Abholung u. Lieferung kostenlos

Das Gebot der Stunde
ist der Eintritt in den

Erd- und Feuer-Bestattungsverein Groß-Berlin

W 35, Steglitzer Straße 66
Fernsprecher: Nollendorf 4168/69

Würfchen Sie feinere
EFHA-WERKE BERLIN-DRITZ

Wäscheri für Arbeiter-Berufskleidung

Annahmestellen: NW 87, Sickingenstr. 77 • NW 87, Berlichingenstr. 1
N, Antonstr. 4 • SO 33, Mantuffelstr. 77 • Reinickendorf, Eichhornstr. 47/48

Karl Habetha
NW, Siemensstr. 12

Kaufhaus Felix Richter
Neukölln
Hermannstraße 161

Ausführung sämtlicher **Glaserarbeiten** sowie Glas- u. Kistlieferungen

bestellen die Genossen vorteilhaft nur bei der
Glaserhütte G.m.b.H. Großglaserstr. u. Glashandel Tel.: Nord. 10609
Berlin N 24, Friedrichstr. 120 u. Moritzpl. 12978

Butter a. Chill & Co
Eier-Käse

Filialen in fast allen Stadtteilen

Gebrüder Groh
Gegründet 1882

55 eigene Verkaufsstellen in allen Stadtteilen Groß-Berlins
10 eigene Dampfmolkereien

Wochenende
erst richtig mit **Sökelands Pumpernickel**
Sökelands Rogenschneidbrot

Diese sind überall zu haben, aber beachten Sie den Namen **„SÖKELAND“**

Berliner Weißbier-Brauerei E. Willner, Berlin-Pankow

SPEZIALITÄT:
Zum Wochenend: Flaschenbier
Nur Original-Brauereiabzug. Telefon: Pankow 6

Restaurant Krampenburg
am Langen See, vis-à-vis Schmöckwitz

Treffpunkt der Arbeiterorganisationen
Gute Küche / Solide Preise
Tel. Köpenick 227, Johs. Stibbe

Oswald Naefe A.-G., Berlin-Britz, Rudower Str. 34

reinigt - wäscht - färbt

Filialen in allen Stadtteilen

Restaurant Belle-Alliance
Belle-Alliance-Platz 8

KROKODIL
Schlesisches Tor

Täglich
Großes Konzert
Gute und billige Küche
Solide Preise
Hochbahn-Krause.

Groß-Destillation zum weißen Hirsch
Wilhelm Reimann
Kottbusser Damm 21

Hauptverkehrslokal des Reichsbanners:

Altes Eierhäuschen
Troptow • Pflenterwald

Tel.: Mpl. 7315
Tel.: Mpl. 7315

Optiker
Ziem
Schönhauser Allee 10-11

Bier- u. Speisehaus Frankfurter Hof
Frankfurter Allee 313

Verkehrslokal des Gewerkschaftlers u. des organ. Arbeiters
Säle für Veranstaltungen u. Versammlungen (100-500 Personen)
Großer Naturgarten (1000 Sitzplätze) — Kabarett — Solide Preise
Neue Leitung: Fritz Bohrmann, Franz Bombien.

Restaurant „Zum Löwen“
am Kottbusser Tor

Reichhaltige Küche
Täglich Konzert
Kugel 10, Gr. Seldel 15 Pf.
Große Mollé 25 Pf.

August Strunk
Charlottenburg
Spree- Ecke Wallstr.

Viktoria-Garten Treptow
Inh. Franz Nitschke
Am Treptower Park 25-26
88 Tel. Moritzplatz 10 609

Verkehrslokal der organisierten Arbeiterschaft — Großer Konzertgarten für 2000 Personen
Kaffeeküche
Kinderbetustigungen aller Art

TESMA TÜRKEN 5 & DIE BESTE CIGARETTE

Billig, Bezugsquelle für fertige Herrenkleidung
F. Hamburg, Bln.-Siegwitz Schloßstr. 102-103
Berufskleidung

Feine Herren-Ausstattungen :: Blinde, Invaliden und Witwen erhalten 5 Prozent Preisermäßigung!

Spree-Zelt
Alfred Ospalki
Hinter den Zelten an der Spree

Während der Sommermonate täglich erstklassiges
Garten-Konzert

Gutgepflegte Biere und vorzügliche Küche
Solide Preise

Orpheum HASENHEIDE 32-38
Ecke Graefestraße
Telephon: Hasenheide 8525-8526

Säle für Vereinsfestlichkeiten jeder Art.
Dienstag und Donnerstag für Gartenbesucher Freitanz.
Sonntags: Varieté und Tanz.

„Zum Schulheiß“ Hasenheide 22-31 (früher Unionsbrauerei)

Jeden Sonntag:
Großes Extra-Konzert und Solisten-Vorträge
Die Kaffeeküche ist eröffnet. — Der Beginn der ständigen Wochentagskonzerte wird noch bekanntgegeben.
Baukarten für die ganze Saison pro Person 1,50 M. inkl. Steuer.

Juliuspark Rudow, Bahnhofstr.
Endstation der Linien 47 und 147

und **Schloßbrauerei-Ausschank Schöneberg**
Hauptstraße 122/23
Inh.: Frau Margarete Grämmer

empfiehlt in beiden Lokalen seine großen und kleinen Säle, sowie die herrlichen Naturgärten zu allen Veranstaltungen. In beiden Lokalen Kaffeekochen

Café Schöneberg
Bierhaus /// Café /// Konditorei /// Festsäle
Hauptstraße 23-24

Inh.: Wolfgang Grange // Telephon: Stephan 8618
4 Verbandskegelbahnen 4 Verbandskegelbahnen
Tägl. erstkl. Künstlerkonzert / Treffpunkt der Schöneberger Bürger

VOLKSFEUERBESTATTUNGS-VEREIN
vormals Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin V.V.a.G.
1913

UNTER REICHSAUFSICHT
GESCHÄFTSGEBIET: DEUTSCHES REICH
MEMELGEBIET UND FREISTAAT DANZIG

HAUPTGESCHÄFTSSTELLE:
**BERLIN NW 40
ROONSTRASSE 4**
RUF: HANSA 1747/48, 5240/41
EIG. VERWALTUNGS-GEBÄUDE

KEIN KIRCHENAUSTRITT ERFORDERLICH
NACH EINMONATIGER MITGLIEDSCHAFT
UNBEDINGTEN RECHTSANSPRUCH AUF
KOSTENLOSE PIETÄTVOLLE BESTATTUNG

MAN VERLANGE KOSTENFREIE PROSPEKTE

Allen Organisationen empfiehlt sich

MAURER & DIMMICK • BUCKDRUCKEREI
BERLIN SO 16, KOPENICKER STRASSE 36/38

Schlüter-Vollkornbrot
Verkaufsstellen gibt auf
Schlüterbrotfabrik Hansa 998

FRISIER-SALON
für Damen und Herren

Gute Bedienung Solide Preise
Stadtbad Kreuzberg, Bärawaldstr. 64-63

Kaufhaus Max Cohn
(Inhaber Georg Hirschfeld)

Grünstr. 23-24 KÖPENICK am Schloßplatz
Das Haus der guten Qualitäten

Kulturarbeit

Sprachkenntnisse.

Auch ein Mittel zur Völkerverzöhnung.

Es kann heute als feststehende Tatsache angesehen werden, daß der zwei oder gar drei Epochen beherrschende Mensch ein Kulturgut aufgespeichert besitzt, das für seine persönlichen Verhältnisse aber auch für die allgemeinen Zustände seines Landes von Bedeutung ist. So wird man verstehen, daß in Ländern, die auf Export angewiesen sind, weite Kreise der Bevölkerung eine

zweite Sprache

beherrschen: die des Hauptabnehmers der Produkte. Auf einer der holländischen Inseln im Norden der Zundersee lernt die Jugend Englisch in der Schule, und ebenso charakteristisch ist die in Dänemark allgemein verbreitete Kenntnis der deutschen Sprache. Nur die verböhnten Nationalisten aller Länder sind darin einig, dem sprachunfähigen Fremden die falsche Schulter zu zeigen.

Mit Recht ist daher die deutsche Schule seit geraumer Zeit bestrebt, dem modernen Sprachunterricht einen größeren Platz anzuweisen. Aber dies kommt nur jener Minderzahl zugute, die „höhere“ Schulen besucht, meist mit der Absicht, sich das „Einjährige“: die Befreiung nach Obersekunda, zu sichern (die Bezeichnung „Einjährige“ lebt tatsächlich fort!), und die nach fünfjährigem französischen Unterricht doch nur mühselig imstande ist, sich verständlich zu machen. Nur wenige haben die Energie, auf Grund der erworbenen Kenntnisse weiterzuarbeiten. Es liegt das zum Teil auch daran, daß die Schule durch die Wahl der zu lesenden Bücher dem Schüler die Beschäftigung mit der Sprache oft „verwehrt“. Wenn ein Oberterterianer eine schmutzige Geschichte aus dem Kriege von 1870/71 durchkauen muß (wie dies ein Beispiel aus jüngster Zeit lehrt), so wird er, gerade wenn er ausgemüdet ist, sich lieber anderen Beschäftigungen hingeben, als seine Kenntnisse durch anderweitige geeignete Lektüre zu fördern. Für die große Masse der Bevölkerung bleibt aber

der private Unterricht

die einzige Möglichkeit, sich fremde Sprachen anzueignen. Diesem Bedürfnis trägt die Partei in zielbewusster Weise Rechnung, und es kann nur empfohlen werden, von den von Parteigenossen geleiteten Sprachkursen Gebrauch zu machen. Sie könnte noch einen Schritt weiter gehen und jene Mißstände in der Schullektüre aufspüren: wie ja noch die deutschen Lesebücher einen Haufen minderwertiger Stücke enthalten, so ist die Auswahl der als genügend anzusehenden fremdsprachigen Werke auch oft ansehnlich. Es fehlt offenbar an englischen und französischen Schulausgaben. Dabei sind die jetzt gebräuchlichen so teuer, daß den Eltern starke Ausgaben erwachsen. In diese Dinge nicht nur kritisch, sondern mit praktischen Vorschlägen hineinzuleuchten, wäre eine schöne Aufgabe für unsere Kulturabteilungen. Im Rahmen der Partei ist aber nicht nur für das Erlernen der Sprachen, sondern auch für ihre Anwendung Sorge getragen. Die schon öfters erwähnten

„Freunde internationaler Kleinarbeit“

sind es, die einen brieflichen Verkehr zwischen Deutschen und Ausländern organisiert haben. Wird von dieser Einrichtung fleißig Gebrauch gemacht, so entsteht eine geistige Verbindung zwischen den Ländern, die nicht gering anzuschlagen ist. Es ist ein dem Kulturaustausch gleichwertiger Faktor des Völkerverzöhnungsgedankens und hat als Endziel, daß nicht nur Gedanken, sondern auch Menschen — nicht Kinder, sondern Erwachsene — ausgetauscht werden. Wie sollte man nicht einen Menschen gern in seinem Heim aufnehmen, mit dem man lange Zeit hindurch seine Gedanken, Empfindungen und Wünsche erörtert hat, wenn man gewiß ist, daß ein Mitglied der eigenen Familie dort im fremden Lande mit gleicher Freude willkommen geheißen wird. Wie selbstgewonnene Eindrücke vom Leben eines fremden Landes ganz anders haften als die Ergebnisse der Lektüre ist zu bekennen, als daß hier ihre Bedeutung für die Menschheit aus- einandergesetzt werden müßte. Wenn Millionen von Menschen in den Kriegsjahren durch fremde Länder geschleift wurden, so hat die hierbei gewonnene Kenntnis sich meist auf das rein geographische Gebiet beschränkt: das Leben der Bevölkerung bot sich nur in einer von Haß und Angst erzeugten Verzerrung dar. Heute zieht der

Gedanke der Völkerverzöhnung

vor allem seine Kraft aus der Gemeinsamkeit der Interessen des arbeitenden Volkes und diese immer mehr zu festigen ist der ständige geistige — und wenn möglich: körperliche Verkehr der einzelnen das beste Mittel.

Internationale der Arbeiterlänger.

Die Internationale der Arbeiterlänger marschiert! Der Zusammenschluß einer großen Reihe von Arbeiter-Sängerverbänden und -bänden, der im vorigen Jahre in Hamburg erfolgt ist, hat unserer Bewegung einen starken Auftrieb gegeben. Während bis dahin nur ganz lose Verbindungen zwischen den der Arbeitermusik dienenden Organisationen in Deutschland, Oesterreich, der Tschechoslowakei, und eine noch losere Beziehung mit der Schweiz bestand, haben festere Bindungen nun zu einer Organisation und einem Zusammenschluß geführt. Der Internationale sind jetzt angeschlossen: Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Elsaß-Lothringen, Holland, Tschechoslowakei, Dänemark, Norwegen, die Nordamerikanischen Staaten und so weiter.

Eine Reihe von europäischen Staaten scheidet aus, weil daselbst keine in eine Organisation zusammengeschlossenen Arbeiterlänger vorhanden sind. Man mußte sich also mit Sympathieverbänden jener Länder (z. B. England) begnügen. Als ein großes Rand ist es anzusehen, daß Rußland trotz Einladung weder beigetreten ist, noch überhaupt geantwortet hat. Als ein bedauerliches Zeichen von Separatismus sei vermerkt, daß die Schweizer Arbeiterlänger der Internationale nicht beigetreten sind. In einigen anderen Ländern ist unsere Bewegung noch nicht von dem Kompromiß mit bürgerlichen Sängerverbänden frei geworden (z. B. Schweden), so daß laut Statuten der IWA. diese Länder unserer Internationale nicht beitreten können.

Arbeiterlehrertagung in Linz.

Vom 17. bis 19. Juni tagte in Schloß Linz bei Gera eine Konferenz der Lehrer an Arbeiterbildungsanstalten, die von der Genossin Hermes vom Volksbildungsamt Leipzig einberufen worden war. Eine ähnliche Konferenz hatte schon im vorigen Jahre stattgefunden, in der mehr theoretische Fragen erörtert wurden. Diesmal standen mehr die praktischen Fragen des Unterrichts in den Arbeiterbildungsanstalten zur Erörterung. In den drei Beratungstagen, die ausgefallen waren mit Referaten und eingehenden Debatten, wurden dann auch eine Reihe einschlägiger Fragen sehr ausgiebig behandelt. Die Beteiligung der Lehrer an den wichtigsten Arbeiterhochschulen (Berlin, Leipzig, Linz, Düsseldorf, Dürrenberg, Zwickau usw.) sowie der Vertreter der Bildungszentralen der Partei und der Gewerkschaften, wie auch einer Reihe von Volksbildungsämtern und Volkshochschulen schuf für die Beratungen einen Rahmen, der eine vielseitige und von verschiedenen Standpunkten ausgehende Behandlung der erörterten Fragen sicherte. Insgesamt nahmen an der Konferenz etwa vierzig Personen teil. Als Vertreter der holländischen Bildungszentrale war der Genosse P. Boogd aus Amsterdam erschienen, der aus der Praxis der holländischen Arbeiterbildungsbewegung wertvolle Mitteilungen machte.

Am ersten Tage stand das Thema

„Grundsätzliches zur Methodik der Arbeiterbildung“

auf der Tagesordnung. Das Referat hatte Genosse B. Hartig übernommen. Ein zweites Referat zu demselben Thema, das Genosse Dr. August Siemsen übernommen hatte, konnte leider infolge Erkrankung des Referenten nicht gehalten werden. Jedoch fand Genosse Siemsen die Thesen seines Referats ein, die gleichfalls mit zur Debatte gestellt wurden. Genosse Hartig ging in seinem Referat von dem Satz aus, Arbeiterbildung sei Erwachsenenbildung im Dienste der Arbeiterbewegung. Ihr Ziel sei kein allgemeines universales Bildungsideal, sondern die Schaffung des sozial wirkenden Menschen. Durch die Verwirklichung des Bildungsideals der Arbeiterbewegung werde auch die allgemeine Kulturtrife unserer Zeit gelöst. Die Arbeiterbildung sei aktivistisch in ihrer Methode. Es gelte nicht, Gelehrte, sondern proletarische Kulturkämpfer zu schaffen, die die Pfunde des Arbeiters kennen, mit ihm leben und leiden und völlig im Dienste der Arbeiterbewegung stehen. In ähnlichen Gedankengängen bewegen sich die Leitfäden des Genossen Siemens: „Unsere Bildungsarbeit muß sich an der Grundtatsache der Klassenunterschiede orientieren, d. h. sie muß sozialistische Bildungsarbeit sein, die die geistigen Waffen für den Klassenkampf schmiedet.“ Angesichts des Mangels an Zeit und Mitteln kann unsere Arbeit nur Realisierungsarbeit sein. Nicht von der vielfach noch unsicher stehenden Psychologie her, sondern von dem durch die proletarische Klassenaufgabe bestimmten Ziel ist die Methode unserer Arbeit zu bestimmen, unter möglicher Berwertung der Psychologie.“ Gegenüber verschiedenen Äußerungen, die sich im Arbeiterbildungswesen breit machten, erklärte Genosse Siemsen: „Der Arbeiter will feste Antworten, und die haben wir ihm guten Gewissens im marxistisch-sozialistischen Sinne wenigstens in den Grundfragen der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft zu geben, da wir nicht Philosophen, sondern Klassenkämpfer erziehen wollen.“

Die Debatte ergab ziemlich weitgehende Übereinstimmung der Teilnehmer mit den Grundgedanken Hartigs und Siemens. Kritisiert wurden lediglich die allzu pessimistischen und verallgemeinernden Ausführungen Hartigs über die Psychologie des Arbeiters. Eingehend wurden die verschiedenen Aufgaben erörtert, die naturgemäß den verschiedenen Anstalten und Bildungseinrichtungen der Partei, der Gewerkschaften, des Staates und der Gemeinde zufallen. Allgemein trat das Streben nach der Herausarbeitung einer klaren sozialistischen Linie gegenüber der Verschwommenheit einer angeblichen „überparteilichen“, „neutralen“ Bildungsarbeit zutage. Der Standpunkt der Klassenmäßigen Gebundenheit auch des Bildungsideals in der gegenwärtigen Gesellschaft fand allgemeine Anerkennung. Die Debatten des ersten Tages fanden ihre Fortsetzung am zweiten Tage, an dem die „Methodik des volkswirtschaftlichen Unterrichts“

erörtert wurde. Referenten waren Dr. A. Seelbach, Leiter der staatlichen Wirtschaftsschule in Düsseldorf, und Dr. A. Braunthal, Leiter der Heimvolkshochschule Linz. Hier ging die an die Referate sich knüpfende Debatte um folgende Fragen: Bedeutung und Mittel der Lektüreforschung; Möglichkeiten einer theoretischen Fundierung des volkswirtschaftlichen Unterrichts und Klassenmäßige Bestimmtheit des Unterrichts. Wenn auch in Einzelfragen in der Debatte Meinungsverschiedenheiten herortraten, namentlich im Hinblick auf die dritte Frage, so waren doch die Teilnehmer im großen und ganzen einig in der Auffassung, daß auch der volkswirtschaftliche Unterricht ausgehen habe von der Klassenlage und den Klassenaufgaben des Proletariats, und daß die marxistische Dekonomie, wenn sie auch in einzelnen Gebieten ergänzungsbedürftig sei, als Grundlage des volkswirtschaftlichen Unterrichts zu dienen habe. Wichtig war hierbei die Feststellung Prof. Hermbergs, Leipzig, daß bei der allgemeinen Krise der Volkswirtschaftslehre die marxistische Nationalökonomie noch immer die stabilste und am besten fundierte geblieben sei. — Der dritte Tag brachte die leidenschaftlichsten Debatten während der ganzen Konferenz. Das erste Referat hatte Otto Jenßen, Linz, über das Thema

„Die Erziehung zum politisch-geschichtlichen Denken“

Als zweiter Referent sprach Dr. Hermann Heller, Berlin, über „Die Methode der politischen Bildung“. Jenßen ging von dem Satz aus, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung im Mittelpunkt des Geschichtsunterrichts stehen muß, was natürlich auch die Aufgabe mit einschließt, die Geschichte der anderen Gesellschaftsklassen und die allgemeinen Grundzüge der politischen Geschichte kennenzulernen. Hierbei ist der historische Materialismus als Methode der geschichtlichen Erkenntnis unerlässlich. Aufgabe des Geschichtsunterrichts ist es, eine Denkmittel zu erzeugen, die die soziologischen Wurzeln der Geschichte aufdeckt und imstande ist, die geschichtlichen Begebenheiten in ihrem ständigen Fluße, in ihrer ursächlichen Verknüpfung und in ihrer funktionellen Wandelbarkeit zu umfassen. Die spezielle Aufgabe ist hierbei, dem politisch handelnden Menschen einen geschärften Blick für die Gegenwart zu geben, denn nicht die passive historische Rückbetrachtung, sondern das aktive Handeln ist Ziel der Arbeiterbildung auch auf diesem Gebiete.

Fanden diese Ausführungen die allgemeine Zustimmung der Versammlung, so stieß das Referat von Dr. Heller auf starken Widerspruch einer großen Zahl der Teilnehmer. Dem Ausgangspunkt des Referenten, die politische Schulung des Arbeiters bezwecke die Erziehung zur Mitarbeit an der Umbildung des Staates, konnte man zustimmen. Auch einige andere Thesen seines Referats gingen mit den Anschauungen der Versammlung konform. Beirendend wirkte aber seine heftige Polemik gegen den angeblich im Arbeiterbildungswesen sich breitmachenden Vulgarmarxismus, wie auch seine strikte Ablehnung des historischen Materialismus als Grundlage der geschichtlichen-politischen Bildung. In der Debatte kam die Gegnerschaft des überwiegenden Teiles der Versammlung gegen diese Auffassung sehr deutlich zum Ausdruck. Im übrigen kam in der ziemlich ausgiebigen Debatte noch die Streitfrage zum Ausdruck, ob es überhaupt Zweck habe, den Arbeiter zum geschichtlichen Denken zu erziehen, und ob man nicht besser täte, sich lediglich auf die Gegenwart zu konzentrieren und von jedem Geschichtsunterricht Abstand zu nehmen. Die überwiegende Mehrheit der Redner lehnte diesen Standpunkt ab und vertrat die Auffassung, daß die Erziehung zum geschichtlichen Denken eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterbildung sei.

Mit dieser Aussprache schloß die inhaltsreiche Tagung, die den Teilnehmern viele Anregungen für ihre theoretische und praktische Arbeit gegeben hat. Wichtig war auch die Tatsache, daß durch die Konferenz eine engere persönliche Fühlungsverbindung zwischen den Vertretern der einzelnen Schulen und Körperchaften ermöglicht wurde. Hoffen wir, daß durch diese Annäherung, wie durch die geistigen Kämpfe, die auf der Konferenz ausgefochten wurden, eine größere Einheitslichkeit und Geschlossenheit des gesamten Arbeiterbildungswesens in Deutschland herbeigeführt werden wird.

U. Stein.

Dieser organisatorische Zusammenstoß gibt zum erstenmal die Möglichkeit, daß die große Chormusikliteratur, die in den verschiedenen Ländern angehäuft ist und bisher nur den Sängern dieser betreffenden Länder zugänglich war, allen Mitgliedern der Internationale erreichbar wird. Hier ist vor allem der große Schatz an Chormusik, den der Deutsche Arbeiter-Sängerbund in seinem Verlage besitzt, nun der Masse aller singenden Arbeiter eröffnet worden. So ist z. B. unser neues „Volkslied“, das die Arbeiterjugend zuerst herausgebracht hat, „Wenn wir schreiten Seit an Seit“ in einem Männerchorchor im Verlage des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes erschienen und bereits von mehreren der Internationale angeschlossenen Ländern durch die dortigen Männerchöre eingeführt worden. Auch die große Chorsammlung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes für gemischte Chöre, sowie die Kinderchorsammlung (deren Heft I vor kurzem erschienen ist und deren Heft II bald folgt) werden an alle Bruderorganisationen im Auslande abgegeben. Ueber die wirtschaftlich-politische Bedeutung eines solchen Zusammenschlusses ist an dieser Stelle kein Wort zu verlieren. Ein enger Zusammenschluß dieser Internationale besteht mit dem „Kulturbund“. Regelmäßige Zusammenkünfte der Delegierten der verschiedenen Länder sind geplant. Im Hintergrunde besteht die Absicht, durch internationale Arbeiter-Sängerversammlungen auch im großen Maße der Defensivität Proben von der Leistungsfähigkeit dieser Organisation zu geben. Alle diese Dinge werden von langer Hand durch sorgsame Vorarbeiten eingeleitet.

Die kulturelle Entwicklungsmöglichkeit, die in diesem Zusammenschluß besteht, verdient mit ein paar Worten skizziert zu werden: Neben der organisatorischen, geschäftsführenden Stelle, die in Berlin ihren Sitz hat, ist auch eine künstlerische Zentrale, ebenfalls in Berlin, geschaffen worden, deren Obmann in ständiger Verbindung mit den künstlerischen Vertretern der einzelnen Länder steht. Augenblicklich kurbet bei den Mitgliedern dieser Kommission ein Männerchor, dessen Tendenz ein Kampflied der Arbeiterklasse ist. Wenn die künstlerischen Beiräte der IWA. zustimmen, erscheint dieser Chor in allen Sprachen der angeschlossenen Länder als ein neuer Kampfgesang des Proletariats. Die große Abnehmerzahl, die der IWA. zur Verfügung steht, ermöglicht natürlich die Finanzierung von solchen, für die Allgemeinheit bestimmten künstlerischen Plänen: Schaffung von wahren internationalen Kampfgesängen der Arbeiterbewegung. Daß auch andere künstlerische Ausgestaltungsmöglichkeiten in diesem großen Zusammenschluß liegen, ergibt sich von selbst. Welche Fülle von Möglichkeiten, nun aus Ländern, von denen wir sonst wenig wissen, neue Kräfte — Dichter und Musiker — aus der Arbeiterbewegung zu gewinnen! Eine ganze Reihe von Künstlern, die bisher nur in ihrer engeren Heimat bekannt waren, können nun auf dem Wege der Publikationen seitens der IWA. eine internationale Bedeutung

erreichen. Gerade die betrübenden Erfahrungen, die man mit dem Verlagen neuer künstlerischer Triebkräfte in einzelnen Ländern gemacht hat, sprechen für die Wichtigkeit einer solchen Idee. U. G.

Alkohol und Verbrechen. Nach den Mitteilungen des Statistischen Reichsamts im ersten Märzheft der Zeitschrift: „Wirtschaft und Statistik“, sind die Straftaten im Deutschen Reich im Jahre 1925 weiter zurückgegangen. Gewisse Verbrechenarten aber zeigen noch ein weiteres Anwachsen. So haben die Verurteilungen wegen gefährlicher Körperverletzung um 12,6, die wegen leichter Körperverletzung sogar um rund ein Fünftel zugenommen. Offenbar, so sagt das Reichsamt dazu, eine Folge des gesteigerten Alkoholkonsums, denn der Bierverbrauch erhöhte sich im Jahre 1925 gegen 1924 von 34,65 Mill. Hektoliter auf 46,22 Mill. Hektoliter oder von 56,1 Liter auf 73,9 Liter auf den Kopf der Bevölkerung, und der Branntweinverbrauch von 433 500 auf 557 000 Hektoliter oder von 0,7 Liter auf 0,9 Liter je Kopf der Bevölkerung. Unter einigen anderen Arten von Straftaten, bei denen eine Steigerung festgestellt wurde, befinden sich die gefährlichen und die Sittlichkeitsverbrechen. Wenn auch hier die amtliche Uebersicht nur die Wohnungsnot als Ursache angibt, so dürfte doch nicht weniger richtig sein, was im Reichstag bei der Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ausgeführt wurde, daß nämlich der Kuppler Alkohol eine besonders schlimme Rolle bei den Sittlichkeitsverbrechen spielt.

Kongress zur Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels. In der Zeit vom 28. Juni bis 1. Juli tagt in London der 7. Internationale Kongress zur Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels. Aus Deutschland sind Vertreter des Deutschen Nationalkomitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels anwesend. Das umfangreiche Programm (Auslandsengagements, Hilfe für Prostituierte, unzählige Schriften usw.) enthält auch einen Punkt über die Bekämpfung der Bordelle, der wegen der im besetzten Gebiete noch vorhandenen Besatzungsbordelle für Deutschland besonders Interesse hat.

Die Unwissenheit ist ein Dämon, wir fürchten, sie wird noch manche Trauerspiele aufführen; mit Recht haben die größten griechischen Dichter sie in den furchtbaren Dramen der Königshäuser von Mykenä und Theben als das tragische Geschick dargestellt. Karl Marx.

Die schwer zu lösende Aufgabe strebender Menschen ist, die Verdienste älterer Mitlebenden anzuerkennen und sich von ihren Mängeln nicht hindern zu lassen. Goethe.

Um den Ueberstundenzuschlag.

Entgelten, nicht abgelenken!

Die Arbeitszeitverordnung ist ein Labyrinth, in dem sich kein Mensch auskennt — auch nicht die Unternehmer, die sich zusammen mit ihren Helfershelfern in den Regierungsparteien feinerzeit redlich abgequält haben, um ein möglichst undringliches Durcheinander zu schaffen, in dem sie die Arbeitnehmer an der Nase herumführen wollten. Die unklare Fassung der Bestimmungen, vor allem des § 6a, schafft in der Praxis eine Fülle von Schwierigkeiten und Unklarheiten, die besonders für größere Betriebe sehr lästig werden können. Die Unternehmer versuchen deshalb jetzt, mit Hilfe der noch § 6a Abs. 2 statt eines Zuschlags von 25 Proz. angeblich zulässigen anderen Regelung eine Ablösung des Zuschlags durchzuführen. Gegen diese neueste Arbeitszeitepperet muß aufs schärfste Front gemacht werden.

Man will den Zuschlag für Ueberstunden mit ein paar Pfennigen Lohnerhöhungen aus dem Wege räumen. Demgegenüber muß daran festgehalten werden, daß im § 6a ausdrücklich durch einen besonderen Zuschlag auf die Mehrarbeitsstunde die Mehrarbeit belastet und ihr Mißbrauch eingeschränkt werden sollte. Das war ja schließlich doch der Zweck der Ueberstunden-Regelung. Ueberstunden und Mehrarbeit sollten klarer unterschieden und die Mehrarbeit besser entlohnt werden. Auch der Reichsarbeitsminister hat das wiederholt hervorgehoben. Gilt man jetzt den besonderen Ueberstundenzuschlag mit einer Lohnerhöhung ab, dann wird die einzige Bestimmung der Arbeitszeitverordnung, die für die Arbeitnehmer Bedeutung hat, wertlos gemacht. Wenn Regelfunden und Ueberstunden in gleicher Weise entlohnt werden, dann hört damit die Ueberstundenbeschränkung und Ueberstundeneinschränkung auf. Kostet die Ueberstunde nicht mehr als die Regelfunde, dann wächst bei dem Unternehmer wieder der Anreiz zur Verlangung der Arbeitszeit.

Mit dem Ablösungs- und Abgeltungsunfug muß deshalb Schluß gemacht werden. Die Wege, die hier beschritten werden, sind für die Arbeitnehmer selbst dann bedenklich, wenn sich die eine oder andere Arbeitergruppe bei einer Ablösung der Ueberstunden finanziell etwas besser stellen sollte; denn die Ablösung hindert die Bekämpfung der Arbeitszeitverlängerung. Genau betrachtet, sind die Arbeitnehmer bei der Ablösung doch die Geopfertenen, denn sie gilt praktisch nur als Lohnerhöhung und wird bei jeder weiteren Lohnforderung vom Arbeitgeber sofort in Rechnung gestellt.

Der Ueberstundenzuschlag darf sich nicht durch laute Manöver verflüchtigen, er muß gesteigert werden. Im Washingtoner Abkommen sind für den Ueberstundenzuschlag 25 Proz. vorgelesen. Diese 25 Proz. müssen im kommenden Arbeitsabkommen ebenso wie im Washingtoner Abkommen mindestens sein. Die Reichsregierung ist, wenn ihre Versicherung zur Beseitigung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ernst sein soll, schon jetzt gezwungen, darauf hinzuwirken, daß praktisch der Mindestsatz von 25 Proz. erreicht wird.

Nicht Beseitigung des Ueberstundenzuschlages durch Abgeltung und Ablösung, sondern Steigerung des Zuschlages — das ist augenblicklich die Aufgabe, an der gegenüber allen Praktiken der Unternehmer unerbittlich festgehalten werden muß. Wenn die Unternehmer sich in dem Dilemma der Arbeitszeitbestimmungen selbst nicht mehr auskennen, dann haben sie noch immer die Möglichkeit, durch klare Tarifvereinbarungen eine Lösung der Ueberstundenbezahlung zu schaffen, die die Lohnbureau nicht übermäßig kostspielig.

Verbandstag der Justizbureaubeamten.

Gestern wurde in den Räumen des Preussischen Landtages der Verbandstag des Reichsverbandes der Justizbureaubeamten und -anwärter eröffnet. An der Tagung nahmen neben den 80 Delegierten ein Vertreter des preussischen Justizministeriums, sowie eine Anzahl Vertreter von Behörden, befreundeten Organisationen und Parlamenten, vornehmlich Abgeordnete der sozialdemokratischen Landtagsfraktion teil.

Nach der Wahl der Verhandlungsleitung erstattete der erste Vorsitzende des Verbandes Bollack den Geschäftsbericht für das Jahr 1926/1927. Er beschränkte sich in seinen Ausführungen lediglich auf einige Ergänzungen des gedruckt vorgelegten Berichtes der eine

günstige Entwicklung des Verbandes

aufzeigt. Im Anschluß an die folgenden Berichte des Rechnungsführers und der Kassenprüfungscommission sprach Ministerialrat Behr als Vertreter des preussischen Justizministeriums, der die in Aussicht genommenen Maßnahmen des Ministeriums bekanntgab, soweit sie die Kanzleibeamten angehen.

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Referat des Vorstandesmitglied Dr. Böker über Befoldungsfragen. Er ging zunächst auf die schwelende

Befoldungsaktion

ein, die durch die Initiative des ADB eingeleitet worden ist. Er betonte, daß allerdings wenig Aussicht bestünde, daß schon jetzt eine im Sinne der Beamtenschaft liegende Regelung der Befoldung vorgenommen werden wird. Besonders beleuchtete er das Spiel der Reichsregierung und der Länderregierungen, die sich gegenseitig die Bälle zuwerfen, um sich um die notwendige sofortige Gehaltserhöhung herumzudrücken. Besonders wandte er sich gegen die Behauptung, daß die zur restlosen Erfüllung der sozialdemokratischen Forderungen auf eine ab 1. April rückwirkende vorläufige Gehaltserhöhung in den Gruppen 1 bis 7 um 20 Mark notwendigen Mittel vom Reiche nicht aufgebracht werden könnten. Wenn man berücksichtigt, daß z. B. zur Verringerung der auch nicht im Etat vorgesehenen Hochwasserlöcher in Preußen Mittel freigemacht wurden, und wenn man weiter in Betracht zieht, daß der letzte Ausweis über eingegangene Reichssteuern zeigt, daß das Reich noch über beträchtliche Geldreserven verfügt, so ist es einfach undenkbar, daß zur Erhöhung der Beamtengehälter kein Geld da sein soll. Die Julage der Regierung, daß ab 1. Oktober die Beamten eine Gehaltserhöhung bekommen sollen, bedeutet praktisch, daß sie vor Weihnachten nichts bekommen werden. Wenn ihnen dann auch ab 1. Oktober etwas nachgezahlt wird, so haben sie doch wieder mehrere Monate darben müssen. Wenn auch der ADB alles versuchen wird, um den Beamten zu einer sofortigen Gehaltserhöhung zu verhelfen, so liegt die

Entscheidung doch beim Reichstag.

Die Beamten müssen sich bei Urteilen über die Parlamente darüber klar sein, daß es nicht der Reichstag oder der Landtag ist, der ihre Forderungen ablehnt, sondern eine bestimmte Mehrheit in diesen Parlamenten, die sie sich merken müssen. Genosse Böker ging dann noch näher auf die geplante große Befoldungsreform ein und betonte, daß gefordert werden müsse, daß diese Befoldungsreform vor allem der Notlage der unteren Beamtenschaft Rechnung trägt. Er ersuchte die Mitglieder des Reichsverbandes, den Allgemeinen Deutschen Beamtenschaft in seinem Kampfe um die berechtigten Forderungen der Beamten weiterhin tatkräftig zu unterstützen.

Der Nachmittag der Tagung wurde ausgefüllt von der Debatte über den Geschäfts- und Kassenbericht und einem Referat des Landessekretärs des ADB. Ruge über die Befoldungsaktion, soweit Preußen daran beteiligt ist.

Die gestrige Kundgebung.

Donnerstag abend fand im Lehrervereinshaus eine vom Allgemeinen Deutschen Beamtenschaft einberufene Kundgebung der im Justizdienst tätigen Bureaubeamten und -anwärter statt, die trotz des Aufmarsches der Beamten im Lustgarten ziemlich gut besucht war.

Reichsverbandsvorsitzender Bollack bemerkte in seinem Referat einleitend, daß es seit 1920 das erste Mal sei, daß diese Beamtengruppen zu einer öffentlichen Kundgebung sich zusammenfinden. Seit 1920 habe man den Beamten das Recht vorenthalten, in höhere Beamtentufen eingruppiert zu werden. Die Art der niedrigen Einstufung sei allmählich zu einem bitteren Unrecht gegen die Beamten geworden, besonders gegen diejenigen, die 1920 noch unverheiratet waren. Hier sei Abhilfe dringend notwendig. Das Recht, das für andere Beamte gelte, müsse auch den im Justizdienst tätigen Beamten gewährt werden. Die einzelnen Forderungen wurden in einer Entschlüsselung zusammengefaßt. Der Redner richtete zum Schluß an das Justizministerium die Bitte, die berechtigten Forderungen der Beamten endlich zu verwirklichen.

In der Diskussion sprach zunächst ein Vertreter Sachsens, der die Unhaltbarkeit der sächsischen Beamteneinverhältnisse schilderte. Die Sozialdemokratische Partei sehe sich jetzt in Sachsen für die Beamten ein. Bente, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft deutscher Justiz- und Strafanwaltschaftsbeamten, sagte volle Unterstützung in dem Kampf um eine gerechte Lösung der zur Debatte stehenden Beamtensachen zu. Ruge vom Landessekretariat Preußen des Allgemeinen Deutschen Beamtenschaft, mahnte zur Wachsamkeit, damit es nicht wieder zu einem eventuellen Beamtenabbau kommen könne.

Eine Entschlüsselung, die an die Regierung appelliert, den Wünschen der Justizbureaubeamten, die im einzelnen ausgeführt werden, nach vor der zu erwartenden Befoldungsneuregelung gerecht zu werden, fand einstimmige Annahme.

Mit einem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden endete die Veranstaltung.

Tischlerstreik in Strehlen (Schlesien).

Die Tischler und Hilfsarbeiter der Firma Hensel, Möbelfabrik in Strehlen, sind am 20. Juni einmütig in den Streik getreten. Seit langer Zeit sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei dieser Firma, die überall ihre Fabrikate zu Schundpreisen anbietet, die denkbar schlechtesten. Der gezahlte Lohn steht bis zu 26 Pf. unter dem für Strehlen vereinbarten Lohn des Lohnabkommens für Schlesien. Die Akkordpreise werden entgegen den Bestimmungen des Reichsmantelvertrages nicht mit dem Arbeiter vereinbart, sondern von den Betriebsinhabern einfach diktiert. Diese Preise sind so niedrig, daß viele Tischler nicht einmal im Akkord auf die miserablen Löhne kommen. Der Fehlbetrag wird dann auf den nächsten Akkord verrechnet und gleich zu Anfang abgezogen. Verhandlungen geht die Firma aus dem Wege, indem sie erklärt, es sei niemand da, obwohl beide Inhaber den ganzen Tag im Betriebe sind.

Die Streikenden gehören teilweise dem Deutschen und ein kleinerer Teil dem christlichen Holzarbeiterverbande an. Die Firma wird versuchen, mit Hilfe verlockender Inzerate Streikbrecher zu gewinnen. Pflicht jedes Arbeiters ist es, für Aufklärung zu sorgen und Zugang nach Strehlen in Schlesien streng fern zu halten.

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Vom 24. bis 27. Juni
Die Brillantenschmuggler von New York

Passage-Lichtspiele, Neukölln, Bergstr. 181, 82
Vom 24. bis 27. Juni 1927
Eine Schreckensnacht in Sing-Sing
Ferner: Der Hund von Huxville
Bühnenschau

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99
Vom 24. bis 27. Juni 1927
Das rote Pantoffelchen
Ferner: Orestes und Elektra in Orestes und Elektra
Jugend! haben Zutritt. Bühnenschau.

Viktoria-Lichtbildtheater, Frankfurter Allee 48
Vom 24. bis 27. Juni
Norma Talmadge, Ronald Colman in:
Kiki
Ferner: Bühnenschau

Auf Teilzahlung
Herren-, Damen-Garderobe
Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider
MÖBEL
bis 18 Monatsraten
Schlaf-, Speise-, Herranzimmer
Küchen, Einzelmöbel, Federbetten
Antel Gr. Frankfurter Str. 34
(Strausberger Platz).

Lesdau's
Korbmöbel
Holländische Formen
Anarte Muster
Mäßige Preise
Neukölln
Königsplatz 28 und
Hermannstr. 10
(Tel. Neuk. 1739)

Zu noch niedrigeren Preisen
bringen wir
Stores, Gardinen, Bettdecken
Künstler-Gardinen in besten
Qualitäten für 5,90, 7,50, 8,90 M.
Halbstores in allen Webarbeiten
1,75, 4,50, 5,50 M.
Gardinen-Reste Einzel- und
Ganzstücke zum halben Preis.
— Einzelverkauf von 9—7 Uhr. —
Spezial-Gardinen-Werkstätten
Neukölln, Bergstr. 67
2. Stock, am Ringbahnhof
Klein Laden!

J. BAER
BADSTR. 26 ECKE PRINZENALLEE
Fertige
Herren- u. Knaben-Bekleidung
in nur anerkannten Qualitäten für jede Figur
Die
Maßabteilung
unter Leitung bewährter Zuschneider, bringt das
Geschmackvollste hervor
Große Auswahl in Gabardine-, Gummi- und Lodenmäntel, Windjacken, Sport- und Berufskleidung

Vergiß nicht zu morgen mittag die feinen
Dörffler Würstchen

Metall-Bettstellen
Fürst, Neukölln, Hermannstr. 38
Ecke Mahlower Str.
Kinderwagen u. Bettfedern
Fabrik für Ruhebetten, Auflegematrizen u. Feldbettstellen
Fabrikpreise — Lieferung in Neukölln und angrenzende Gegend frei Haus

Spezial-Ischias
Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und billig!

Gerhard Köhnen
Das Haus für Volkskleidung und Berufskleidung
NEUKÖLLN
Hermannstraße 76-77

Schlafzimmer . . . 470.- M.
Speisezimmer . . . 210.-
Brennzimmer . . . 255.-
Wohnzimmer . . . 275.-
Anrichtebüchsen . . . 110.-
Schreibtische . . . 95.-
Ankleideschränke . . . 75.-
Ständer . . . 95.-
Auf Teilzahlung
Möbelhaus Kunloff
Neukölln, Prinz-Handjerystr. 2

Radio-Anlagen ohne Anzahlung
nach 5 Monatsraten à M. 5.— Ihr Eigentum
Ferner in Lautsprecher-Anlagen zu günstigsten Bedingungen liefert das Fachgeschäft
Radiotyp, Alt-Moabit 124
Tel. Moabit 9239 (gegenüber dem Kriminalgericht)

Beginn: Freitag, den 24. Juni 1927, vorm. 9 Uhr
Nur einmal
jährlich im Kaufhaus Samm
Einheits-Preise
25 Pfg. 50 Pfg. 95 Pfg. 1⁹⁵ M. 2⁹⁵ M.
Diese Veranstaltung stellt (trotz Materialsteigerung) einen enormen Preisabbau in Qualitätswaren dar!
Überzeugen Sie sich und beachten Sie unsere Schaufensterauslagen!
Kaufhaus Samm
Danzigerstrasse 98 * Ecke Pappel Allee